

# Antworten auf die SoVD-Wahlprüfsteine (Europawahl 2019)



# Antworten auf die SoVD-Wahlprüfsteine (Europawahl 2019)

## INHALT

<b>1. SOZIALE SICHERHEIT</b> .....	<b>1</b>
1.1. Sind Sie mit uns der Meinung, dass EU-weit einheitliche soziale .....	1
Mindeststandards für die Bereiche Armutsbekämpfung, Zugang zu sozialen .....	1
Diensten, Zugang zu Grundsicherungsleistungen sowie Absicherung bei .....	1
Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter in den EU-Mitgliedstaaten Anwendung .....	1
finden müssen? .....	1
1.2. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um die europäischen Sozialfonds.....	2
so weiterzuentwickeln, dass sie bei sozialen Problemen in einzelnen .....	2
EU-Mitgliedstaaten in Krisen unbürokratisch und zielgenau unterstützen .....	2
können? .....	2
1.3. Wie werden Sie sicherstellen, dass Entscheidungen auf EU-Ebene nicht .....	3
zu einer Verschlechterung sozialer Standards in Deutschland und anderen.....	3
Mitgliedstaaten führen? .....	3
<b>2. FINANZIERUNG</b> .....	<b>4</b>
2.1. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Dominanz der Finanzmärkte .....	4
zurückzudrängen und wirtschaftliche Ungleichgewichte und Ungleichverteilung auf .....	4
europäischer Ebene zu überwinden?.....	4
2.2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Steuerdumping unterbunden und .....	7
Unternehmen in der EU zur angemessenen Steuerzahlung herangezogen.....	7
werden? .....	7
2.3. Machen Sie sich mit uns für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.....	9
als Instrument für Verteilungsgerechtigkeit stark, damit die Verursacher der.....	9
weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten angemessen beteiligt.....	9
werden? .....	9
<b>3. ARBEITSMARKT</b> .....	<b>10</b>
3.1. Welche beschäftigungspolitischen Initiativen unterstützen Sie, um die .....	10
Arbeitslosigkeit in den EU-Mitgliedstaaten nachhaltig zurückzudrängen?.....	10
3.2. Welche konkreten Schritte sind nach Ihrer Auffassung erforderlich, um .....	11
die Arbeitsbedingungen und den Schutz der Arbeitnehmerinnen und.....	11
Arbeitnehmer zu verbessern? .....	11
3.3. Werden Sie sich für die Einführung von Mindestlöhnen und die.....	13
Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in allen EU-Mitgliedstaaten .....	13
einsetzen? .....	13
<b>4. JUGEND</b> .....	<b>14</b>
4.1. Wie sieht Ihr mittel- und langfristiges Konzept zur effektiven Bekämpfung .....	14
der Arbeitslosigkeit von jungen Menschen aus?.....	14
4.2. Wie setzen Sie sich für die Verwirklichung eines inklusiven Ausbildungs- und .....	16
Arbeitsmarktes für junge Menschen mit Behinderungen ein?.....	16
<b>5. MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN</b> .....	<b>17</b>
5.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass – über das Europäische.....	17
Barrierefreiheitsgesetz (European Accessibility Act) hinaus – EU-weit .....	17
verbindliche Vorgaben und Standards zur Barrierefreiheit vereinbart und .....	17
umgesetzt werden und Barrierefreiheit beim europäischen Vergaberecht .....	17

verbindlich vorgeschrieben und bei Ausschreibungen systematisch beachtet .....	17
wird?.....	17
5.2. Welche Initiativen halten Sie für notwendig, um Menschen mit .....	18
Behinderungen den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen? .....	18
5.3. Welche Initiativen unterstützen Sie zur Umsetzung der durch die EU.....	19
ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention?.....	19
<b>6. FRAUEN .....</b>	<b>21</b>
6.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frauen EU-weit den gleichen Lohn .....	21
für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sowie gleichen Zugang zur sozialen .....	21
Sicherung erhalten? .....	21
6.2. Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie, die eine stärkere.....	22
Sensibilisierung der europäischen Bürgerinnen und Bürger für das Thema.....	22
Gewalt gegen Frauen und insbesondere zur häuslichen Gewalt zum Ziel .....	22
haben? .....	22
6.3. Welche Maßnahmen unterstützen Sie zur Verhinderung von Gewalt .....	23
gegen Frauen? .....	23
<b>7. GESUNDHEIT .....</b>	<b>25</b>
7.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Charakter der Gesetzlichen.....	25
Krankenversicherung als öffentlich-rechtliche Körperschaft beibehalten wird .....	25
und sie nicht dem Wettbewerbs- bzw. Kartellrecht unterliegt? .....	25
7.2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass neue Medizinprodukte erst ihren .....	27
Nutzen und ihre Sicherheit nachweisen müssen, bevor sie auf den Markt.....	27
gelangen? .....	27
7.3. Werden Sie sich für Regulierungen einsetzen, die zur raschen .....	28
und wirksamen Reduzierung von Umweltbelastungen, von .....	28
gesundheitsgefährdenden Stoffen in Lebensmitteln und Gebrauchsgütern .....	28
sowie von Feinstaub- und Lärmemissionen im Verkehr beitragen? .....	28
<b>8. PFLEGE.....</b>	<b>30</b>
8.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, in den Mitgliedstaaten der EU .....	30
einheitliche Mindeststandards hinsichtlich der Absicherung des Pflegerisikos.....	30
und der Qualität von Pflegeleistungen zu erreichen? .....	30
8.2. Wie sieht Ihr Ansatz aus, den enormen Herausforderungen der nationalen .....	31
Pflegesysteme durch die alternden Gesellschaften aus gesamteuropäischer.....	31
Perspektive zu begegnen?.....	31
8.3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um der Ausbeutung der .....	32
Pflegearbeitskräfte am sogenannten grauen Pflegemarkt wirkungsvoll .....	32
entgegenzutreten? .....	32
<b>9. ALTERSSICHERUNG .....</b>	<b>33</b>
9.1. Teilen Sie unsere Auffassung, dass die Ausgestaltung der nationalen .....	34
Alterssicherungssysteme, insbesondere die Festlegung des Rentenniveaus .....	34
und des Renteneintrittsalters zu den Kernaufgaben der Mitgliedstaaten.....	34
gehört? .....	34
9.2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass nicht die Kosten der Renten- und .....	34
Pensionssysteme sondern die Mindest-Leistungen künftig im Mittelpunkt der.....	34
Koordinierungsbemühungen auf europäischer Ebene stehen werden, um .....	34
gegenwärtige und kommende Altersarmut vorzubeugen?.....	34
9.3. Sprechen Sie sich mit uns dagegen aus, das Renteneintrittsalter.....	35
automatisch an die steigende Lebenserwartung zu koppeln? .....	35

<b>10. MIGRATION .....</b>	<b>36</b>
<i>10.1. Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie, um humanitäre Katastrophen zu vermeiden und Fluchtursachen zu bekämpfen? .....</i>	<i>36</i>
<i>10.2. Welche konkreten Schritte sind nach Ihrer Meinung erforderlich, um Migration besser ordnen und steuern zu können? .....</i>	<i>38</i>

# 1. Soziale Sicherheit

*Der SoVD setzt sich ein für ein Europa der sozialen Sicherheit, in dem Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichgewichtig sind. Soziale Gerechtigkeit sichert Frieden und trägt entscheidend zur Stabilität Europas bei.*

## **1.1. Sind Sie mit uns der Meinung, dass EU-weit einheitliche soziale Mindeststandards für die Bereiche Armutsbekämpfung, Zugang zu sozialen Diensten, Zugang zu Grundsicherungsleistungen sowie Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter in den EU-Mitgliedstaaten Anwendung finden müssen?**

**CDU/CSU:** Unser Leitbild für Europa ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie ermöglicht Wohlstand, soziale Sicherheit und dient den Menschen. Um mehr Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen und die europaweit noch immer zu hohe Jugendarbeitslosigkeit zu senken, ist neben Strukturreformen der Abbau von Barrieren im Binnenmarkt entscheidend. Dabei setzen sich CDU und CSU dafür ein, Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards zu erhalten. Die Kompetenz für die Sozialsysteme muss – auch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – bei den Mitgliedstaaten bleiben. Auch die Arbeitsmarktpolitik muss auf absehbare Zeit eine nationale Aufgabe bleiben. CDU und CSU lehnen deshalb eine europäische Arbeitslosenversicherung ab. Sie würde falsche Anreize setzen und dazu verleiten, notwendige Reformen aufzuschieben oder gar zu unterlassen. Zudem halten wir an der nationalen Tarifautonomie fest.

**SPD:** Ja. Da die Beschäftigungs- und Sozialpolitik nach wie vor insbesondere Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten ist, ist die Festlegung von gemeinsamen sozialen Mindeststandards eines der wichtigsten Handlungsinstrumente der Europäischen Union. Dazu hat die EU bereits einen Kernbestand an Mindeststandards festgelegt, zum Beispiel im Hinblick auf den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Arbeitsbedingungen und der Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. Die SPD fordert aber weitere Mindeststandards, exemplarisch wäre hier die Einführung eines gemeinsamen europäischen Mindestlohns und Mindeststandards beim Sozialschutz zu nennen.

**FDP:** Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind für uns Freie Demokraten im Kern Aufgaben der Mitgliedsstaaten und sollten dies auch bleiben. Einer Einführung von EU-weit einheitlichen Mindeststandards stehen wir daher kritisch gegenüber. Unserer Auffassung nach sollte die EU nur dann unterstützend tätig werden, wenn es um grenzüberschreitende Probleme geht.

**DIE LINKE:** Ja. DIE LINKE fordert: Soziale Menschenrechte müssen bedingungslos für alle Menschen in der EU gelten: Wohnen, Gesundheit, Bildung, Zugang zu sozialen und kulturellen Dienstleistungen, zu sozialen Sicherungssystemen, zu Wasser und Energie – kurz: Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung. Die sogenannte Krisenbewältigung der EU hat mit den Auflagen und Reformen Millionen Menschen in die Krise gestürzt. Was als Strukturanpassung bezeichnet wird, sind Kürzungsprogramme und bedeutet für die Menschen zunehmende Verarmung und Ausgrenzung zugunsten der Profiteure der Unternehmen. Eine Stärkung der europäischen Säule sozialer Rechte bedeutet dagegen Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen und nachhaltigen Sozialschutz.

Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Einheitlich muss sein: das Recht auf ein Leben frei von Armut. Soziale Rechte müssen von jedem Menschen in der EU individuell einklagbar sein. Die EU muss ihre Mitgliedstaaten verpflichten, allen Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Das gilt für Erwachsene wie für Kinder und Jugendliche – unabhängig von Herkunft oder Nationalität. Die ärmeren Länder der Europäischen Union müssen beim Aufbau und Ausbau von Systemen der sozialen Mindestsicherung unterstützt werden. Die EU muss dazu erhebliche Mittel in den Strukturfonds zur Verfügung stellen und sie dazu zusätzlich aufstocken (statt sie, wie derzeit vorgesehen, zu kürzen).

Viele Menschen haben Angst, gemeinsame Standards würden bedeuten, dass sie schlechter gestellt werden. Wir wollen das Gegenteil. Gemeinsame Standards muss heißen: Von den Errungenschaften der jeweiligen Länder aus geht es nur nach oben. Eine Angleichung nach unten muss ausgeschlossen sein.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir machen uns stark für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt. Die Mindeststandards sollten sich an der wirtschaftlichen und sozialen Situation des jeweiligen Landes sowie der EU-Armutdefinition orientieren. Die konkrete Umsetzung wäre dann Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten, die natürlich auch höhere Standards beibehalten oder neue schaffen können.

***1.2. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um die europäischen Sozialfonds so weiterzuentwickeln, dass sie bei sozialen Problemen in einzelnen EU-Mitgliedstaaten in Krisen unbürokratisch und zielgenau unterstützen können?***

**CDU/CSU:** Zu unserem sozialen Europa gehören auch die Struktur- und Investitionsfonds der Europäischen Union. Wir unterstützen die Kohäsionspolitik der EU, die durch EU-Förderprogramme den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU festigen soll. Wir wissen um die Bedeutung der Europäischen Sozialfonds in der Mittelbereitstellung sozialer Projekte. Deswegen setzten wir uns dafür ein, dass sie mit den finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die es ihnen ermöglichen, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass diese Gelder zukünftig noch stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern, Arbeitsplätze schaffen und mehr soziale Kohäsion schaffen.

**SPD:** Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) dient als Schirmfonds, innerhalb dessen die in der Europäischen Säule sozialer Rechte festgeschriebenen Ziele umgesetzt werden sollen. Im künftigen ESF+ werden die bestehenden Finanzinstrumente ESF, Jugendbeschäftigungsinitiative, europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen und das Programm für Beschäftigung und soziale Innovationen zusammengelegt. Durch diese Bündelung der verschiedenen Programme werden die derzeitigen Verfahren vereinfacht, gleichzeitig die administrativen Hürden abgebaut und damit die Sichtbarkeit der Sozialfonds für die europäischen Begünstigten erleichtert. Ziel muss es sein, dass der ESF+ mit anderen EU-Fonds und Programmen komplementär koordiniert wird und für bessere Synergien mit anderen Struktur- und Investitionsfonds gesorgt wird.

**FDP:** Die Vereinfachung der Beantragung und Abwicklung von Fördermitteln, insbesondere beim Europäischen Sozialfonds (ESF), ist für uns von großer Bedeutung. Die Erfahrungen aus der Umsetzung beispielsweise des Programms zum Abbau von Langzeitar-

beitslosigkeit zeigen, dass die Beantragung und der Abruf der Mittel mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden sind. Aus unserer Sicht sollten die Mittel unkomplizierter abgerufen werden können und die entsprechenden Dokumentationspflichten überarbeitet werden. Wir wollen die Mittel des ESF zudem gezielter auf wirksame Maßnahmen gegen die Ursachen der Arbeitslosigkeit konzentrieren.

**DIE LINKE:** Finanzminister Scholz will eine EU-weite Arbeitslosenversicherung. Dabei geht es nicht um Leistungen für Erwerbslose. Geplant ist ein Stabilisierungsfonds für nationale Arbeitslosenversicherungen (EUSF). Dieser soll in Krisenzeiten mit Krediten aus helfen, damit ein Land nicht durch Defizite in der Arbeitslosenversicherung unter (finanziellen und haushalterischen) Druck gerät. So soll die Zahlungsfähigkeit gesichert werden. Der Fonds soll an Bedingungen zur Haushaltssanierung und zum neoliberalen Umbau der nationalen Sicherungssysteme bei Erwerbslosigkeit geknüpft werden.

Aus Sicht der LINKEN kann ein solcher Fonds nur eine Ergänzung zu den nationalen Sicherungssystemen sein. Im Vordergrund steht für uns deren Ausbau: gute Leistungen bei Erwerbslosigkeit und eine bestmögliche Arbeitsförderung. Und eine gerechte Beteiligung der Reichen und Unternehmen an den sozialen Sicherungssystemen der Länder. Statt der geplanten Steuerfinanzierung müssen Konzerne und Arbeitgeber den Ausgleich zahlen. Sie sind für Erhalt oder Abbau von Arbeitsplätzen maßgeblich verantwortlich.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir betrachten den Europäischen Sozialfonds (ESF) als das zentrale Finanzierungsinstrument, um die Europäische Union sozialer zu gestalten. Daher setzen wir uns in den laufenden Verhandlungen über den neuen ESF+ dafür ein, die spezifischen Mittelzuweisungen für soziale Inklusion und die Bekämpfung materieller Armut zu erhöhen. Zudem darf es keine finanziellen Einschnitte geben, damit derzeit laufende und erfolgreiche soziale Projekte vor Ort weitergeführt werden können.

### ***1.3. Wie werden Sie sicherstellen, dass Entscheidungen auf EU-Ebene nicht zu einer Verschlechterung sozialer Standards in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten führen?***

**CDU/CSU:** Es muss sichergestellt werden, dass die Gleichrangigkeit sozialer Grundrechte aus der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gegenüber den Marktfreiheiten im Europäischen Binnenmarkt durchgesetzt wird. Der soziale Dialog der Tarifpartner hat auch auf europäischer Ebene eine wichtige Funktion, die weiter gestärkt werden sollte ebenso wie Betriebsräte und die Mitbestimmung in europäischen Unternehmen. Dies ist auch ein wirksames Mittel, um Sozialdumping im EU-Binnenmarkt zu vermeiden. Europäische Regelungen dürfen nationale Schutzstandards, Mitbestimmungsrechte und Sicherungsniveaus nicht aufheben, aushebeln oder unterlaufen.

**SPD:** Die realen Lebenshaltungskosten und die sozialen Standards in der Europäischen Union unterscheiden sich aktuell noch sehr stark. Daher gilt bei allen Vorhaben im sozialpolitischen Bereich das Günstigkeitsprinzip. Darin ist festgelegt, dass bei einer Kollision von europäischen und nationalen Recht, Beschäftigte in Europa immer unter die für sie vorteilhaftere Regelung fallen. Die europäische Mindestlohnregelung sichert die in Deutschland erreichten Standards ab und sorgt gleichzeitig für mehr sozial- und lohnpolitische Konvergenz in Europa. Der Mindestlohn soll in jedem Mitgliedsland auf der Höhe der Armutsschwelle (60 Prozent des Medianlohns) festgesetzt werden.

**FDP:** Wir als Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, die Verantwortung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern bei den Mitgliedstaaten zu belassen. Auf diese Weise

werden nationale Standards nicht abgesenkt. Ohnehin sollte bei Entscheidungen auf europäischer Ebene hierzu eine Aufwärtskonvergenz das erklärte Ziel sein.

**DIE LINKE: -**

**Bündnis 90/Die Grünen:** Oberstes Ziel muss eine soziale Aufwärtskonvergenz innerhalb der Europäischen Union sein. Auf diese Weise können regionale Unterschiede ausgeglichen und der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in der Europäischen Union gestärkt werden. Außerdem wird sichergestellt, dass höhere Standards beibehalten und niedrigere Standards verbessert werden.

## 2. Finanzierung

*Der Abbau der „Staatsschulden“ als eine Folge der öffentlich finanzierten Bankenrettung wurde und wird mit Maßnahmen finanziert, die auf dem Rücken der Bevölkerung stattfinden. Diese Sparmaßnahmen haben viele nationale soziale Sicherungssysteme massiv gefährdet und für große Teile der Bevölkerung verheerende Auswirkungen mit sich gebracht. Besonders betroffen sind die südeuropäischen Mitgliedstaaten.*

*Nach wie vor ist die Europäische Union gekennzeichnet durch große Unterschiede der Mitgliedsländer bei Wohlstand, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Staatsverschuldung. Mittelfristig muss es Ziel sein, diese Unterschiede zu überwinden. Denn eine gleichmäßige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Staaten der EU baut Wohlstandsunterschiede ab und ist eine Voraussetzung für gemeinsame Systeme sozialer Absicherung.*

**2.1. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Dominanz der Finanzmärkte zurückzudrängen und wirtschaftliche Ungleichgewichte und Ungleichverteilung auf europäischer Ebene zu überwinden?**

**CDU/CSU:** Wir wollen die Bankenunion und die Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln. Dabei müssen bestehende Risiken im Bankensystem zunächst zwingend reduziert werden. Insbesondere sollen Staatsanleihen nicht mehr als risikolos gelten und von Banken – genauso wie andere Anlageformen – mit Eigenkapital unterlegt werden müssen. Bankenrettungen aus Steuermitteln lehnen wir ab. Zudem wollen wir eine Finanztransaktionssteuer im europäischen Kontext mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz einführen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein starkes, international wettbewerbsfähiges Europa ein. Wir treten für eine Stabilitätsunion mit einer starken Währung ein. Hier bauen wir auf die Leitlinien der Sozialen Marktwirtschaft, denn sie schafft Chancengleichheit. Sie bietet Raum für Kreativität, Eigenverantwortung und die Freiheit jedes Einzelnen, des Arbeitnehmers wie des Unternehmers. Sie gibt den Europäern die Chance auf Teilhabe am Wohlstand und zu einem selbstbestimmten Leben. Gleiche Chancen schaffen wir durch hohe soziale Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten, sowie Gesundheits-, Umwelt und Verbraucherschutzstandards. Umverteilung jeder Art lehnen wir ab.

**SPD:** Die SPD unterstützt die Fortentwicklung der Kapitalmarkt- und Bankenunion durch die stete Weiterentwicklung von europäischen Regelungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zum Konsumentenschutz. Den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus der EZB und den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus- und Fonds wollen wir stärken. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nirgendwo in Europa mehr für Bankenpleiten bezahlen. Eine Bankenkrise darf nicht wieder zu einer Staatsschuldenkrise werden. Hierfür werden wir die fatale Kopplung zwischen Staaten und Banken weiter auflösen. Dazu werden



wir die Bankenunion weiter vertiefen und u.a. eine gemeinsame Letztsicherung für den Bankenabwicklungsfonds schaffen.

Die SPD will den Euro stark halten und Mitgliedsstaaten früher und entschlossener helfen, wenn sie unverschuldet in eine Krise zu rutschen drohen. Dafür werden wir den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln und in EU-Recht verankern, damit er künftig früher helfen kann und nicht erst, wenn die Krise da ist, mit hohen politischen, ökonomischen und sozialen Kosten. Zudem fordern wir die Schaffung eines Europäischen Stabilisierungsfonds für Arbeitslosigkeit und wollen diesen schnell umsetzen. Ein gemeinsames Budget der Euro-Länder soll für mehr Investitionen sorgen, die erforderlichen Produktivitätssteigerungen und Anpassungen der Wettbewerbsfähigkeit befördern und die Stabilität der Eurozone sichern. Aus einem solchen Eurozonenhaushalt sollen die Mittel auch und gerade in Schwächephasen zur Stabilisierung zur Verfügung stehen.

**FDP:** Wir Freie Demokraten wollen privates Kapital für Investitionen mobilisieren, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Menschen in vielen europäischen Ländern leiden unter hoher Arbeitslosigkeit und schlechten Zukunftsperspektiven. Diese Entwicklung gefährdet auch die politische Stabilität Europas. Neben Strukturreformen und einer Gesundung des Finanzsektors setzen wir auf eine Stärkung der Europäischen Investitionsbank, die Umgestaltung der Strukturförderung im EU-Haushalt hin zu mehr Zukunftsinvestitionen und die Vertiefung des Binnenmarktes, gerade auch der Möglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich in der gesamten Europäischen Union um Arbeit zu bemühen. Wirtschaftswachstum lässt sich nämlich nicht mit immer mehr Staatsausgaben erkaufen – es entsteht durch unternehmerische Initiative und neue Ideen.

Wir Freie Demokraten unterstützen zudem die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Fonds, der private Investitionen verstärkt. Dieser Investitionsfonds soll die Heterogenität, auch innerhalb der Eurozone, abbauen und die Wettbewerbsfähigkeit der Eurozonenstaaten stärken, um die wirtschaftliche Zukunft Europas zu sichern.

Wir Freie Demokraten wollen den Euro als starke und stabile Gemeinschaftswährung sichern. Dazu bedarf es gemeinsamer Regeln, die eingehalten werden. Unvernünftiges Wirtschaften und übermäßige Verschuldung einzelner Mitgliedstaaten sind in einer Währungsunion stets unsolidarisch, weil sie allen Mitgliedstaaten schaden. Daher wollen wir das stabilitätsorientierte Regelwerk von Maastricht robuster machen (Maastricht 2.0): Künftig soll es nach einem Defizitverfahren automatische Sanktionen gegen Mitgliedstaaten geben, die nicht politisch ausgehebelt werden können. Europa muss aus seinen Krisen lernen. Dazu gehört auch eine moderne und zukunftsfeste Regulierung der Finanzmärkte. Wir wollen dabei eine proportionale, nachvollziehbare und abgestufte Regulierung einführen und insbesondere kleine Finanzmarktakteure von Verwaltungsaufwand entlasten. Darüber hinaus wollen wir Staatsanleihen ein Risikogewicht zuweisen, damit Banken für sie auch Eigenkapital vorhalten müssen.

**DIE LINKE:** Die deutsche Niedrigpreis- und Hochexportwirtschaft hat die wachsenden Spannungen in der Eurozone wesentlich mit verursacht. Gegen die wachsende Ungleichheit braucht es Steuergerechtigkeit, Kampf gegen Steuerflucht und Steuerdumping, die Finanztransaktionssteuer und eine gerechte Digitalsteuer, die den Internetgiganten ihre Privilegien nimmt. Wir müssen Privatisierung und Wettbewerb zurückdrängen und die Bedürfnisse der Menschen in der EU höher bewerten als den Profit für die Unternehmen. Die Eurokrise ist nicht vorbei. Die Kürzungspolitik bei öffentlichen Investitionen, Löhnen und Renten sowie Privatisierungen wurde mit der angeblichen Euro-Rettung gestärkt. Große Volkswirtschaften wie Italien verharren in der Depression. Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland zwingt immer noch die junge Generation zu Abwanderung. Die Kürzungspolitik verhindert Investitionen und eine wirtschaftliche Perspektive in Südeuropa.

Die zentrale Ursache der Eurokrise – die hohen Exportüberschüsse Deutschlands – wird nicht behoben. Die Exportüberschüsse der einen sind die Schulden der anderen. Die Kehrseite der »Exportweltmeisterschaft« ist: Gemessen an der hohen Produktivität sind die Löhne in Deutschland zu niedrig. Eine linke Wirtschaftspolitik für Europa heißt daher auch: höhere Löhne und öffentliche Investitionen hierzulande.

Finanzmärkte und Banken müssen entmachtet und der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gebracht und am Gemeinwohl ausgerichtet werden. Kredite des EU-Krisenfonds und die Währungspolitik der EZB sind bislang an Auflagen gebunden, die zu Lohnsenkungen und dem Abbau des Sozialstaates gezwungen haben. Statt der unsozialen und undemokratischen Ausrichtung der EZB und der Troika wollen wir, dass öffentliche Investitionen im Interesse des Gemeinwohls auch durch EZB-Kredite finanziert werden können. Zivile öffentliche Investitionen sollten kurzfristig nicht auf die öffentliche Verschuldung angerechnet werden, da sie auch Vermögen für zukünftige Generationen stiften und es sinnvoll ist, diese auch langfristig über Kredite zu finanzieren (Goldene Regel der Haushaltspolitik). Dies geht auch ohne Änderung der EU-Verträge. Zusätzlich wollen wir Superreiche und Konzerne hierfür stärker besteuern.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Die Finanzmärkte sind übergriffig geworden. Finanzinvestor\*innen üben übermäßige Macht in unseren Unternehmen aus. Finanzkapital treibt die Preise im Bereich der Wohnungen. Allgemeiner bestimmt die Suche nach Rentabilität immer mehr, wie wir wirtschaften und leben. Wir wollen daher die Finanzmärkte auf ihre sinnvolle Funktion beschränken, vor allem also nachhaltige Investitionen zu finanzieren und Anlegern verantwortlich erwirtschaftete Erträge zu bieten.

Vor allem Grund und Boden und den Wohnungsbau wollen wir stärker in gemeinwohlorientierte Hände legen. Dazu wollen wir ein neues Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht. Europäische Fördergelder sollen verstärkt in den sozialen Wohnungsbau und gerade auch barrierefreie Wohnungen fließen. In den Unternehmen wollen wir die Macht kurzfristiger Investor\*innen schwächen, u.a. durch die Stärkung der Mitbestimmung und der Stärkung des Stimmengewichts langfristiger Investor\*innen in der Hauptversammlung.

Die Macht von systemrelevanten Banken wollen wir drastisch einschränken. Banken dürfen nicht so groß sein, dass sie mit einer impliziten Staatsgarantie unterwegs sind und Marktrisiken aufbauen, für die am Ende der Steuerzahler haften muss. Deshalb wollen wir höhere Eigenkapitalanforderungen an große Banken und ein Trennbankensystem. Zudem brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer, die sowohl Aktien als auch Derivate in der EU besteuert, damit der Schaden von spekulativen Übertreibungen an den Finanzmärkten nicht weiter auf die Gesellschaft abgewälzt wird.

Der gemeinsame Binnenmarkt lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik zur Steuervermeidung ein. Wir wollen dafür sorgen, dass große Unternehmen genauso wie kleine Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften und beherzt gegen Steuerdumping innerhalb Europas vorgehen.

Deutschland verstößt mit seinem hohen Leistungsbilanzüberschuss seit Jahren gegen europäische Regeln. Die gemeinsamen Regeln gegen solche Ungleichgewichte müssen endlich scharf gestellt werden, um der Entstehung möglicher Krisen frühzeitig vorzubeugen. Um innereuropäische Handelsüberschüsse abzubauen sollte Deutschland mehr zu Hause investieren, soziale Leistungen und niedrige Löhne stärken.

Die Ungleichverteilung in Europa wollen wir durch verbindliche europäische Mindestlöhne bekämpfen, die allen Arbeitnehmer\*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Die Jugendar-

beitslosigkeit ist in Europa nach wie vor frappierend hoch. Deshalb wollen wir die bestehende europäische Jugendgarantie, die Jugendlichen schnell zu Job oder Ausbildungsplatz verhilft, besser finanzieren und zu einem dauerhaften Instrument ausbauen.

Bisher werden die Zuwächse von Ersparnissen fürs Alter zu oft von hohen Gebühren und Provisionen aufgeessen, die lediglich die überdimensionierte Finanzwirtschaft am Leben erhalten. Wir wollen hocheffiziente Modelle der privaten Altersvorsorge wie den schwedischen Bürgerfonds fördern, der Sparer\*innen Kapitalmarkterträge zu einem Bruchteil der üblichen Kosten ermöglicht, während der Einfluss der Finanzmärkte beschränkt wird. Das soll die gesetzliche Rente natürlich nicht schwächen, sondern als ergänzendes Angebot dienen. Die staatliche Förderung muss deshalb auf die gesetzliche Rente konzentriert werden.

## **2.2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Steuerdumping unterbunden und Unternehmen in der EU zur angemessenen Steuerzahlung herangezogen werden?**

**CDU/CSU:** Steuerliche Gerechtigkeit ist uns ein hohes Anliegen. Gerade bei der Unternehmensbesteuerung gibt es einen großen Angleichungsbedarf innerhalb der EU. Es kann nicht sein, dass sich globale Konzerne durch geschickte Strategien um Steuerzahlungen drücken. Wir brauchen zudem eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Alle Unternehmen sollen Steuern zahlen. Dabei setzen wir uns in der EU und international weiterhin für abgestimmte Lösungen auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte ein. Wir brauchen auch eine gemeinsame Körperschafts-Bemessungsgrundlage, damit Unternehmen in Europa möglichst nach gleichen Regeln besteuert werden. Dabei müssen die Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und –besteuerung angemessen berücksichtigt werden, um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu vermeiden. Wir wollen auch den Umsatzsteuerbetrug weiter eindämmen und Steuer-schlupflöcher schließen.

**SPD:** Wer Milliarden erträge erwirtschaftet, muss angemessen besteuert werden und seinen fairen Anteil für die solidarische Gesellschaft leisten. Das gilt auch für die digitalen Großkonzerne in Europa. Schluss mit dem Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern zwischen den Mitgliedsstaaten! Schluss mit Wettbewerbsverzerrung auf Kosten des Allgemeinwohls!

In Europa soll eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei den Unternehmen eingeführt werden. Hierzu haben Deutschland und Frankreich gemeinsam die Initiative ergriffen und einen Vorschlag vorgelegt. Wir wollen diese Regelung gemeinsam mit unseren europäischen Partnern EU-weit einführen. Mindeststeuersätze werden eingeführt. Wir müssen ein Mindestniveau der Besteuerung vereinbaren und so sicherstellen, dass alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten. Damit ziehen wir eine untere Grenze ein, um den Steuerwettbewerb nach unten zu unterbinden.

Auch die digitalen Unternehmen müssen ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Diese sind weltweit aktiv und verschieben ihre Gewinne häufig in Niedrigsteuerländer. Das wollen wir beenden und bis Ende 2020 eine globale Mindestbesteuerung der digitalen Unternehmen einführen. Gleichzeitig treiben wir eine europäische Lösung voran – für den Fall, dass die internationale Lösung nicht zu erreichen ist. Den gemeinsamen deutsch-französischen Vorschlag für eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft ab dem 1. Januar 2021 wollen wir zügig in Europa umsetzen. Dafür streiten wir jetzt und im nächsten Europäischen Parlament. Die Frage der Steuergerechtigkeit wird ein Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020.

Damit Europa in Steuerfragen gerechter und handlungsfähiger wird, soll künftig die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs im europäischen Rat entscheiden. Die Lähmung durch einzelne Mitgliedsstaaten die nur ihre Pfründe sichern wollen, muss aufhören.

Die kriminelle Praxis, sich mit »Cum-Ex« und »Cum-Cum«-Geschäften oder ähnlichen Gestaltungen auf Kosten der ehrlichen Steuerzahler Vorteile zu erschleichen, muss effektiver verfolgt und schärfer bestraft werden. Wir wollen dazu eine Sondereinheit wie in Großbritannien aufbauen, die effektiv gegen Steuerbetrug vorgeht und Steuerhinterziehung konsequent verfolgt.

Wir sind für die Transparenz in Steuerfragen. Seit Mitte letzten Jahres werden die länderbezogenen Berichte (sog. Country by-Country Reports) zwischen den Steuerverwaltungen automatisch ausgetauscht. Damit können die Steuerverwaltungen konsequent gegen Gewinnverlagerungen vorgehen und die Firmen dort besteuern, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Hierbei muss die Europäische Kommission einbezogen werden. Wir wollen zudem die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Berichte veröffentlicht werden.

**FDP:** Wir Freien Demokraten setzen uns gegen Steuerhinterziehung und für eine faire Besteuerung ein. Die Behörden der Mitgliedstaaten müssen in diesen Fragen in Zukunft besser und enger zusammenarbeiten. Insbesondere gegen die Verlagerung von Gewinnen in Staaten, die in Steuerfragen nicht kooperativ sind, muss die Europäische Union konsequent vorgehen.

Bei der Unternehmensbesteuerung halten wir die Einführung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer für notwendig, um eine Vergleichbarkeit bei den Mitgliedstaaten herstellen zu können. Außerdem lehnen wir sogenannte Tax-Deals, bei denen große Unternehmen die Höhe ihrer Besteuerung mit den Behörden eines Mitgliedstaats individuell aushandeln, entschieden ab.

**DIE LINKE:** DIE LINKE fordert einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen. Und wir brauchen gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und für Spitzeneinkommen. Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden: durch automatische Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nichtkooperative Banken, verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen. Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen gekündigt werden. Um Steuertricks von Konzernen – wie die konzerninterne Verschiebung von Gewinnen und Verlusten – zu unterbinden, müssen die Steuern gegebenenfalls direkt »an der Quelle« erhoben werden. Banken, die in Steueroasen operieren, wollen wir die Lizenz entziehen. Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum Steuerbetrug sind kriminell und müssen bestraft werden. Die Praxis mit »Cum-Ex«, »Cum-Cum« und »Cum-Fake-Deals«, bei der betrügerisch Erstattungen von Steuern auf Dividenden aus Aktien kassiert werden, muss vollständig unterbunden werden. Es dürfen nur noch Steuern (zur Vermeidung doppelter Besteuerung) erstattet werden, wo diese wirklich gezahlt wurden.

Finanzbehörden brauchen mehr Personal und der europäische Informationsaustausch muss verbessert werden. Wir brauchen ein Unternehmensstrafrecht gegen Deutsche Bank und Co. Für mehr Transparenz wollen wir eine öffentliche länderspezifische Berichtserstattung von Konzernen über wichtige Kennziffern wie Gewinn, bezahlte Steuern, Umsätze und Beschäftigte auf EU-Ebene sowie eine lückenlose Veröffentlichungspflicht in öffentlichen Registern für alle tatsächlichen Eigentümer von Briefkastenfirmen, Stiftungen, Trusts und Immobilien außer Eigennutzung.

Digitalkonzerne zahlen in der Europäischen Union im Schnitt gerade mal neun Prozent Steuern auf ihre Profite, während andere Unternehmen im Schnitt 23 Prozent zahlen. Die

EU-Staaten verlieren dadurch Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Das europäische System der Unternehmensbesteuerung unterstützt und fördert dies. DIE LINKE fordert deshalb Abschreibungsregeln für immaterielle Vermögenswerte und Steuergutschriften für Forschungsausgaben müssen europaweit soweit angeglichen werden, dass Digitalunternehmen Steuern in selber Höhe zahlen wie die anderen Unternehmen. Profite müssen in den Ländern besteuert werden, in denen die Nutzer\*innen der Digitaldienste sie nutzen (virtuelle Betriebsstätte). Die Bundesregierung darf die Einführung einer Digitalsteuer als Zwischenschritt zur einheitlichen Besteuerung nicht weiter behindern. Die Höhe des Steuerersatzes muss sich am Unterschied der durchschnittlichen Besteuerung von Firmen zu der von Internetkonzernen bemessen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Der gemeinsame Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, doch die überwiegend in der Hoheit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten liegende Steuerpolitik lädt mit ihren Lücken zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit überall in Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten Steuern ihre Gewinne versteuern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament unserer Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die Armut und Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürger\*innen investieren können. Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht entziehen können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer\*innen und Konsument\*innen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Für eine gemeinsame Unternehmensbesteuerung im europäischen Binnenmarkt fordern wir eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage. Um den schädlichen Unterbietungswettbewerb der EU-Mitgliedstaaten zu stoppen, brauchen wir zudem europäische Mindeststeuersätze für alle Unternehmensgewinne. Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in welchem Land sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf zahlen. Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber seine Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu zahlen. Es ist ein schwerer Fehler, dass die Große Koalition unter Federführung eines SPD-Finanzministers den Vorschlag der EU-Kommission für verbindliche öffentliche Steuertransparenz von Großunternehmen in Brüssel blockiert.

**2.3. *Machen Sie sich mit uns für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als Instrument für Verteilungsgerechtigkeit stark, damit die Verursacher der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten angemessen beteiligt werden?***

**CDU/CSU:** Siehe Antwort auf Frage 2.1.

**SPD:** Seit 2010 steht das Thema Finanztransaktionssteuer in Europa auf der Tagesordnung, insbesondere auf Druck unserer sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament. Es wird daher höchste Zeit, dass bestehende Blockaden überwunden werden und wir diese Gerechtigkeitssteuer endlich durchsetzen. Wir haben zusammen mit Frankreich einen neuen Anlauf unternommen. Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer nach dem Vorbild der französischen Finanztransaktionssteuer in der EU einführen. Mit der Besteuerung von Transaktionen auf im Inland emittierte Aktien machen wir den ersten Schritt. Die Einnahmen dieser Steuer könnte teilweise in das Budget der EU fließen und die nationalen Beiträge im EU-Haushalt senken. So würde die Steuer auch für die Länder interessant, die selbst kaum Erträge aus einer solchen Steuer erzielen.

**FDP:** Wir Freie Demokraten halten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer für falsch, da eine solche Abgabe Sparerinnen und Sparer, die Altersvorsorge sowie die Realwirtschaft belasten würde.

**DIE LINKE:** Ja. Der Hochfrequenzhandel an der Börse muss ausgebremst werden. Dafür richten wir endlich eine umfassende Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent ein, die schädliche Spekulation eindämmt, ohne realwirtschaftlichen Investitionen zu schaden.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, die sowohl Aktien und Anleihen als auch Derivate in der EU besteuert. Der sozialdemokratische Bundesfinanzminister Olaf Scholz macht die Finanztransaktionssteuer zum Etikettenschwindel, wenn er Anleihen und besonders Derivate ausnehmen will. Ohne die Besteuerung von Derivaten wird der Schaden von spekulativen Übertreibungen an den Finanzmärkten weiterhin auf die Gesellschaft abgewälzt. Die Einnahmen aus dieser Aktiensteuer sind nur ein Bruchteil einer Finanztransaktionssteuer und für professionelle Anleger\*innen leicht zu umgehen. Eine solche Aktiensteuer ist eine Karikatur der Finanztransaktionssteuer, für die die Zivilgesellschaft gekämpft hat.

### 3. Arbeitsmarkt

*Die Arbeitslosigkeit in vielen EU-Mitgliedstaaten ist mit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise rasant angestiegen. Auf europäischer Ebene müssen daher schlüssige Konzepte für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik entwickelt werden, um mehr und bessere Arbeit zu generieren. Eine humane Gestaltung der Arbeitswelt muss ein wesentlicher Aspekt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Viele Menschen arbeiten in der EU unter unwürdigen und prekären Bedingungen und erleiden dadurch erhebliche gesundheitliche Nachteile. Darüber hinaus brauchen wir europaweit gesetzliche Mindestlöhne, die bei Vollzeitbeschäftigung eine angemessene Lebensführung, Teilhabe und eine auskömmliche Rente gewährleisten.*

#### **3.1. Welche beschäftigungspolitischen Initiativen unterstützen Sie, um die Arbeitslosigkeit in den EU-Mitgliedstaaten nachhaltig zurückzudrängen?**

**CDU/CSU:** Um die Arbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen, braucht es insbesondere strukturelle Anpassungen in den betroffenen Ländern. Die Grundlage dafür sind solide Finanzen, verlässliche soziale Sicherungssysteme, Förderung von privaten Investitionen sowie notwendige Reformen für Wachstum und Beschäftigung. So konnten in den letzten fünf Jahren Millionen an neuen Arbeitsplätzen in Europa entstehen. Wir wollen diesen Erfolg auch in den kommenden fünf Jahren fortsetzen: mit weiteren fünf Millionen neuen Zukunftsjobs in ganz Europa. Wir wollen die Regierungen und Sozialpartner in den europäischen Partnerländern beim Aufbau von dualen Strukturen der Berufsbildungssysteme sowie der Umsetzung von Arbeitsmarktreformen unterstützen. Wir werben weiterhin bei unseren Nachbarn dafür, unser bewährtes Konzept der dualen Ausbildung flächendeckend einzuführen. Denn unser duales System der beruflichen Bildung ist ein Erfolgs- und Exportmodell, das jungen Menschen beim Einstieg in das Arbeitsleben hilft und ein wichtiger Baustein im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sein kann.

Generell muss die Arbeitsmarktpolitik eine nationale Aufgabe bleiben. Für uns ist klar: Sichere Berufsaussichten erleichtern Lebensentscheidungen wie die Eheschließung oder die Gründung einer Familie. Deshalb wollen wir durch eine kluge Wirtschaftspolitik die

Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade junge Menschen eine gute Chance auf eine Festanstellung bekommen. Dies muss auch weiterhin der Regelfall sein.

**SPD:** Die Jugendbeschäftigungsinitiative hat mit dabei geholfen, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa von 23,8 Prozent (2013) auf 15,6 Prozent zu senken. Trotzdem ist die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern viel zu hoch. Da junge Menschen gezielte und individuell angepasste Förder- und Weiterbildungsprogramme brauchen, ist der Ansatz richtig, mit europäischer Unterstützung regionale Netzwerke für duale Ausbildungssysteme aufzubauen. Die dafür bereitgestellten Mittel sollten im Europäischen Sozialfonds Plus aufgestockt werden und langfristige Planungen ermöglichen.

**FDP:** Wir Freie Demokraten wollen gleichberechtigte Chancen auf Arbeit und Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürgerinnen in der EU. Dafür braucht es vor allem eine entsprechende Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten, eine Stärkung des Binnenmarktes, solide Staatsfinanzen und kluge Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

**DIE LINKE:** Die Qualifizierung und Weiterbildung in der Arbeitsförderung sind EU-weit auszubauen. Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sollen abschlussorientiert gestaltet und wesentlich ausgeweitet werden. Erwerbslose sollen rechtskreisübergreifend den Rechtsanspruch auf die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen erhalten und die Gesundheitsförderung soll als Regelinstrument eingeführt werden. Die Vermittlung und Betreuung durch die Agenturen und Jobcenter müssen individueller und nachhaltiger mit dem Ziel einer dauerhaften Integration in gute und versicherungspflichtige Arbeit gestaltet werden. Sperrzeiten und Sanktionen sind abzuschaffen. Die Zumutbarkeitskriterien für Angebote der Arbeitsförderung werden dahingehend überarbeitet, dass sie vor Vermittlung in nicht qualifikationsgemäße und unsichere Arbeit schützen. Die Träger der Vermittlung werden ausreichend mit qualifiziertem Personal ausgestattet.

Um Arbeitsplätze zu schaffen, wollen wir ein EU-weit koordiniertes Zukunftsprogramm über mindestens 500 Milliarden Euro im Jahr. Das Investitions- und Zukunftsprogramm muss das Öffentliche stärken, Beschäftigung und Sozialstaat ausbauen. Es muss die Daseinsvorsorge im Wesentlichen öffentlich organisieren und in die Hände der Bevölkerung zurückgeben. So stärken wir auch europäische, regionale und kommunale Demokratie in ihren sozialen Grundlagen. Die Finanzierung des Zukunftsprogramms geschieht durch einen Mix aus bestehenden Förderprogrammen, aus Umwidmung von Geldern, die für Rüstung und PESCO geplant sind, und aus einer höheren Besteuerung von Großkonzernen, großen Vermögen und Spitzeneinkommen in den EU-Staaten. Wir schlagen einen Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische Entwicklung vor, der vor allem öffentliche und soziale Dienstleistungen fördern soll.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen mit der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft verbunden werden. Unser Konzept des Green New Deal wollen wir dafür weiterentwickeln – mit einem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert. Neue Investitionen zum Beispiel in Klimaschutz, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung schaffen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektive für viele Menschen in Europa. Das ist die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

***3.2. Welche konkreten Schritte sind nach Ihrer Auffassung erforderlich, um die Arbeitsbedingungen und den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern?***

**CDU/CSU:** Wir wollen ein Europa, in dem Arbeitnehmer europaweit gerechte, lebenswerte und gesundheitsschonende Arbeitsbedingungen vorfinden. Wir treten für Mindeststandards beim Arbeitsschutz in ganz Europa ein, die auch den Erfordernissen der digitalen Arbeitswelt entsprechen. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nutzen. Die Arbeit soll zu den Menschen kommen, nicht umgekehrt. Dafür ebnen wir den Weg für einen flexiblen Arbeitsort, flexible Arbeitszeiten und flexible Arbeitsstrukturen. Die Menschen profitieren von mehr geeigneten Homeoffice-Arbeitsplätzen. Diese Aufgabe müssen die Tarifpartner verstärkt aufgreifen. Insgesamt wollen wir eine neue Kultur der Partnerschaft für die Arbeitszeitregelungen zwischen Beschäftigten und Betrieb mit praxisgerechten Lösungen für alle, gerade für Dienstleistungen, Gastronomie und kleinere Betriebe.

**SPD:** Es gilt den in den letzten Monaten eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Unter anderem hat Europa die Entsenderichtlinie reformiert. Ab nun gelten für entsandte Arbeitnehmer\*Innen die regionalen Tarifvereinbarungen und Lohndumping-Tricks wurden verboten. Weiter sorgt erstmals eine gemeinsame Arbeitskontrollbehörde für die Einhaltung von europäischen Arbeits- und Sozialrecht. Umgehung von geltenden Sozialstandards muss konsequent verfolgt und vergleichbar wie mit dem EU-Wettbewerbsrecht europaweit gehandelt werden.

**FDP:** Verhandlungen über Arbeitsbedingungen sind nach unserer Auffassung Sache der nationalen Tarifpartner. Die Sozialpartner vor Ort wissen besser, was wirtschaftlich machbar und sozial verträglich ist. Eine EU-weite Vereinheitlichung auf den Gebieten der Arbeitsbedingungen oder des Sozialschutzes lehnen wir daher ab.

**DIE LINKE:** Ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt, u. a. Arbeit von Erwerbstätigen im Ausland und die grenzüberschreitende Entsendung von Arbeitskräften, braucht gemeinsame Regeln, die sich am Interesse der Beschäftigten, nicht der Konzerneigentümer orientieren. Um Lohn- und Sozialdumping zu überwinden und den Standort- und Konkurrenzdruck zu verringern, wollen wir gemeinsame Mindeststandards und starke, einklagbare Rechte für die Beschäftigten durchsetzen.

Niemand soll unter 60 Prozent des jeweiligen mittleren Einkommens fallen. Unser Alarmsystem“ gegen Erwerbslosigkeit und prekäre Arbeit sieht Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich vor. Merkels beschäftigtenfeindliche und unternehmerfreundliche Arbeitsmarktpolitik darf nicht zum europäischen Maßstab werden.

Wettbewerb und die Freiheit der Unternehmen dürfen nicht über den Schutzrechten für die Beschäftigten und den sozialen Rechten der Menschen stehen. Was „Flexicurity“ genannt wird, zielt darauf, Tarif- und Sozialstandards abzusenken. So wie die EU aufgestellt ist – und so wie die Bundesregierung in der EU Politik macht – kommt dabei raus: Niedriglöhne, prekäre Arbeit und Dauerstress. Dem setzen wir entgegen: Gute Arbeit muss für alle Beschäftigten normal werden. Dafür schaffen wir klare Standards, die von niemandem und nirgendwo unterlaufen werden dürfen: Wir wollen unbefristete und sozial abgesicherte Arbeit. Arbeit mit Zukunftsperspektiven statt prekärer Jobs. Wir wollen Arbeitszeiten, die zum Leben passen, statt Dauerstress, prekäre Teilzeit und Minijobs.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir machen uns stark für eine europäische Mindestlohnrichtlinie, die allen Arbeitnehmer\*innen in der Europäischen Union entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes ein auskömmliches Einkommen garantiert. Außerdem setzen wir uns für eine europäische Basis-Arbeitslosenversicherung ein, die durch



die nationalen Sicherungssysteme ergänzt werden soll. Insgesamt stehen wir für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen haben, an der Gesellschaft teilzuhaben.

### **3.3. Werden Sie sich für die Einführung von Mindestlöhnen und die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in allen EU-Mitgliedstaaten einsetzen?**

**CDU/CSU:** Arbeitnehmer sollen überall in der Europäischen Union zu fairen Bedingungen arbeiten können. Deshalb gehen wir gegen europäisches Lohndumping vor. Dazu nutzen wir auch die geplante Europäische Arbeitsagentur. Wir wollen keinen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne. Alle Bürger sollen Existenz sichernde Einkommen erzielen können. Für uns gilt: Wer hart arbeitet, muss ordentlich bezahlt werden. Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist wichtig und hat dazu beigetragen, die Entstehung hunderttausender neuer Arbeitsplätze zu ermöglichen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland und auch in Europa die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Generell gilt: Wichtige Bereiche der Sozialpolitik, so auch die Festlegung von Mindestlöhnen, liegen in der Hand der Mitgliedstaaten.

**SPD:** Ja, wir fordern einen Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifische Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten. Der Mindestlohn in Deutschland ist immer noch zu niedrig. Er soll steigen, um die Beschäftigten besser an den Produktivitätszuwächsen der letzten Jahre zu beteiligen und besser gegen Altersarmut zu schützen. In allen Mitgliedsstaaten Europas sollen zudem Mindestlöhne geschaffen werden, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so besser vor Armut schützen.

**FDP:** Die Ausgestaltung der Lohnpolitik im Allgemeinen und von Mindestlöhnen im Besonderen kann nur durch nationale Tarif- und Arbeitsmarktpolitik erfolgen. Gerade die Arbeitsmärkte sind so abhängig von den unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes, dass eine einheitliche europäische Regelung nicht zielführend wäre.

**DIE LINKE:** Ja. Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein: Alle EU-Staaten werden dazu verpflichtet, armutsfeste existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent der mittleren Verdienste (in der Fachsprache: des Medianlohns) in den jeweiligen Ländern liegen. Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro Mindestlohn, ohne Ausnahmen. Wir brauchen wirksame Kontrollen für den gesetzlichen Mindestlohn, die von den Gemüsefeldern in Griechenland und Spanien bis zu Schlachthöfen, Bauwirtschaft und Landwirtschaft in ganz Europa reichen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort bei gleichen Sozialabgaben und -leistungen: Lohndumping durch Leiharbeit, Werkverträge und Auslagerungen stoppen. Manager- und Vorstandsgehälter sollen auch bei europaweit tätigen Unternehmen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen.

Es ist ein Erfolg der Gewerkschaften und der linken Parteien, dass die Entsenderichtlinie ausgeweitet wurde. Für Subunternehmen und für einzelne Branchen dürfen keine Ausnahmen gemacht werden. Entsandte Beschäftigte müssen alle gesetzlichen Regelungen und tariflichen Bestimmungen des Bestimmungslandes gelten, sofern diese günstiger sind als die ihres Herkunftslandes. Und: Wo keine Tarifverträge abgeschlossen sind, ist nur der gesetzliche Mindestlohn die Orientierung und drückt damit die Löhne. Lohndumping können wir nur unterbinden, wenn wir die Tarifverträge wieder ausweiten.

Wir fordern, dass Tariftreue keine Kann-Bestimmung bleibt, sondern die Einhaltung von Tarifverträgen in den EU-Vergabe- und Konzessionsrichtlinien verbindlich festgelegt werden. Wir wollen die Möglichkeiten grenzüberschreitender Kämpfe und Streikaktivitäten verbessern. Wirkliche Freiheitsrechte erfordern einen Schutzrahmen für die Beschäftigten. Drastische Lohnunterschiede in den Mitgliedstaaten stehen dem Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in der EU entgegen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, ein würdevolles Leben führen zu können. Für uns ist die Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Deshalb setzen wir uns für eine Grundsicherung für alle Menschen und europaweite Mindestlöhne ein.

## 4. Jugend

*Obwohl sich die wirtschaftliche Lage zurzeit in vielen europäischen Ländern von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erholen scheint, sind etwa ein Fünftel aller Jugendlichen in Europa arbeitslos. Soll ein geeintes Europa aber eine Zukunft besitzen, müssen die jungen Menschen die Chance zur Gestaltung ihrer Zukunft haben. Hierfür sind Grundvoraussetzungen die Chance auf eine gute (Aus-)Bildung und eine gute anschließende Arbeitsstelle mit angemessenen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt.*

### **4.1. Wie sieht Ihr mittel- und langfristiges Konzept zur effektiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Menschen aus?**

**CDU/CSU:** Unsere Oberste Priorität ist es, dass die Jugend am Erwerbsleben teilnimmt. Daher werden wir geeignete Maßnahmen prüfen, um Mitgliedstaaten mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit zielgenau zu unterstützen. Die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren lag in der EU im Jahr 2018 bei durchschnittlich 15,6 Prozent und geht seit ihrem traurigen Höhepunkt 2013 von 23,8 Prozent jährlich zurück. Dennoch ist die Zahl weiterhin zu hoch. Junge Menschen sind mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffenen wie Erwachsene – das dürfen wir so nicht hinnehmen. Junge Menschen brauchen eine berufliche Perspektive.

Deutschland steht im EU-Vergleich am besten da: Bei uns sind aktuell 4,7 Prozent der jungen Menschen arbeitslos. Wir bekennen uns aber zur Solidarität mit unseren europäischen Nachbarn und sehen uns in der Verantwortung, Impulse zu geben und Prozesse voranzutreiben, die die Beschäftigungslage junger Menschen in Europa verbessern. Arbeitslosenquoten von jungen Leuten von über 40 Prozent, wie in einigen südeuropäischen Krisenländern sind besorgniserregend. In erster Linie sind die Mitgliedstaaten zwar selbst in der Pflicht, durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Strukturreformen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Reformen brauchen Zeit. Dies gilt in besonderer Weise für den Aufbau eines dualen Ausbildungssystems, das in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union einschließlich Deutschland dazu beigetragen hat, die Jugendarbeitslosigkeit niedrig zu halten. Die Einführung der dualen Ausbildung hatte in Spanien nachhaltigen Erfolg. Die unionsgeführte Bundesregierung kann diesen Neustrukturierungsprozess mit ihren Erfahrungen in vielfältiger Weise unterstützen.

**SPD:** Die Jugendgarantie muss als Selbstverpflichtung der EU-Mitgliedsländer fortgesetzt werden. Ziel der Initiative ist es, alle jungen Menschen unter 29 Jahren innerhalb von vier

Monaten nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, die Möglichkeit auf einen Arbeitsplatz, Aus- und Fortbildung oder ein Praktikum zu gewährleisten. Weiterhin müssen die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert werden, die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt zu fördern, auch gemeinsam mit den Sozialpartnern sowie ausreichend Ausbildungsplätze zu schaffen. Hierzu werden Teile des ESF aufgewendet. Prioritäten müssen bei der Investition in Bildung, Forschung, Entwicklung und Wachstum liegen, um nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen.

**FDP:** Wir Freie Demokraten wollen, dass junge Menschen zukunftsfähige Qualifikationen erwerben und schnell den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen. In Zeiten von Jugendarbeitslosigkeit einerseits und Fachkräftemangel andererseits brauchen wir funktionierende Austauschmöglichkeiten in der EU. Deshalb sind wir überzeugt von der Idee eines gemeinsamen Berufsausbildungsmarkts. Ein erster Schritt dazu ist, dass nationale Arbeitsagenturen miteinander statt isoliert arbeiten, besonders im Bereich des Berufseinstiegs. Dabei sollen auch die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern eingebunden werden. Wir sind der Ansicht, dass eine gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Ausbildungen, Praktika und Traineezeiten einen relevanten Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in süd-osteuropäischen Ländern leisten wird, da dies die tatsächliche Möglichkeit erhöht, eine Arbeitsstelle in anderen EU-Staaten annehmen zu können. Daher muss die gegenseitige Anerkennung erheblich vereinfacht und beschleunigt sowie die Harmonisierung der Startzeitpunkte von Ausbildungen oder den Zeiträumen der Abschlussprüfungen verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir eine Europäische Ausbildungsagentur (EAA) gründen, welche freie Ausbildungsplätze in anderen EU-Mitgliedstaaten vermittelt. Schließlich sollten in Mitgliedstaaten effektive Systeme aufgebaut werden, die jungen Menschen in kurzer Frist entweder ein Jobangebot oder eine arbeitsmarktorientierte Weiterbildungsmaßnahme vermitteln oder diese fördern („Jugendgarantie“) – wie sie in Deutschland im Rahmen des SGB II und III schon bestehen.

**DIE LINKE:** Die »Jugendgarantie« der EU ist wirkungslos: Sie ist kraftlos und zu niedrig geplant. Wir wollen eine Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit. Für viele stellen prekäre Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne den »normalen« Einstieg in die Berufstätigkeit dar. Unsere Normalität sieht anders aus! Wir wollen gute Arbeit für junge Menschen, mit der sie ihre Zukunft planen können. Wir streiten dafür, ein Beschäftigungsziel für die EU gesetzlich festzuschreiben: Unser Beschäftigungsziel ist Vollbeschäftigung. Dieses Beschäftigungsziel wollen wir auch als Leitlinie für die Europäische Zentralbank festschreiben.

Die Mittel für die Jugendgarantie müssen erhöht werden. Dafür wollen wir in Bildung und Weiterbildung investieren, sozial und ökologisch sinnvolle Innovationen fördern und öffentliche Beschäftigung stärken.

Ab fünf Prozent Erwerbslosenquote werden Mitgliedstaaten verpflichtet, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm und Schritte für Arbeitszeitverkürzung einzuleiten. Unsere Perspektive für ein Europa ohne Armut und Erwerbslosigkeit ist: bezahlte gesellschaftliche und unbezahlte Reproduktionsarbeit gerechter verteilen, Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich durchsetzen. Das soll zu mehr Zeitsouveränität für alle führen.

Haushaltsmittel dürfen nicht für die Rüstungsforschung und Sicherheitsindustrie zur Verfügung gestellt werden. Eine wirksame Jugendförderung und ein gut ausgebauter Bildungsbereich zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit müssen Vorrang haben.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Gerade junge Menschen sind oft in besonders starkem Maße von prekärer Beschäftigung, unbezahlten Praktika, Arbeits- und Perspektivlosigkeit betroffen. Wir wollen die Ausbeutung junger Menschen beenden und ihnen soziale Sicherheit

bieten. Deshalb setzen wir uns für faire Löhne und Arbeitsbedingungen ein und fordern, dass Praktika verpflichtend entlohnt werden.

#### **4.2. Wie setzen Sie sich für die Verwirklichung eines inklusiven Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für junge Menschen mit Behinderungen ein?**

**CDU/CSU:** Für uns ist das Ziel der Inklusion dann erreicht, wenn Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam zusammenleben und arbeiten. Insbesondere die erste Berührung von jungen Menschen mit Behinderungen mit der Arbeitswelt muss intensiv begleitet und gestaltet werden, damit wir eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung dieser jungen Menschen erreichen. Auch für Menschen mit Behinderung muss Leistung sich lohnen.

Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan. Seine Umsetzung werden wir in den kommenden Jahren intensiv begleiten und gleichzeitig die Teilhabe weiter fördern. Jährlich verlassen etwa 50 000 Jugendliche mit Behinderungen, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde, die Regel- oder Förderschulen. Nur eine geringe Zahl dieser Schulabsolventen nimmt eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf auf. Es gilt die Zahl dieser Absolventen im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu steigern und die Potenziale zu nutzen. Durch das Bundesteilhabegesetz ergeben sich wesentliche Verbesserungen. Bessere Teilhabe am Arbeitsleben wird mit Beschäftigungsalternativen außerhalb anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen geschaffen. Wesentliche Änderung im Bereich der Teilhabe am Arbeitsleben ist, dass die Beschäftigungsangebote anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen durch die Zulassung anderer Leistungsanbieter und die Einführung des "Budgets für Arbeit" sinnvoll ergänzt werden.

Mit der Zulassung anderer Leistungsanbieter und der Einführung des "Budgets für Arbeit" werden nunmehr Wahlmöglichkeiten für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen mit Behinderungen geschaffen. Den Menschen mit Behinderungen im erwerbsfähigen Alter wird ein Weg in Richtung allgemeinem Arbeitsmarkt eröffnet, ohne zuvor den Nachweis der individuellen Erwerbsfähigkeit führen zu müssen.

**SPD:** Mit einem europäischen Masterplan Inklusion wollen wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft verbessern. Wir werden ein einheitliches europäisches Behindertenrecht im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention voranbringen. Menschen mit Behinderungen müssen gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen haben. Hierzu wurde bereits eine Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung eingeführt, mit dem Ziel der Optimierung bildungspolitischer Strategien und Praxis im Hinblick auf Lernende mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf.

**FDP:** Für Menschen mit Behinderung müssen Teilhabe und eine selbstbestimmte Lebensweise in Europa selbstverständlich werden. Daher fordern wir einen europaweiten Teilhabeausweis. Wir Freie Demokraten treten auch für den europaweiten Ausbau der Förderprogramme inklusiver Begegnungen ein. Dies setzt eine bessere Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen beim Zugang zu und bei der Abrechnung von EU-Fördermitteln voraus. Das grenzenlose Europa der Bildung und Ausbildung muss auch für Menschen mit Behinderung und Assistenzbedarf erlebbar sein. Dazu bedarf es eines Austauschprogramms für junge Menschen mit Behinderung, zum Beispiel im Rahmen des Erasmus+-Programms.

**DIE LINKE:** DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen in Europa ein. Wir wollen Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und

strukturelle – und Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung erleichtern. Dazu gehört das Recht auf Erwerbsarbeit und die Umsetzung der UN-BRK. Wir werden in der EU darauf hinwirken, für Menschen mit Behinderungen ein beschäftigungspolitisches Rahmenprogramm aufzulegen, das dem Grundsatz folgt: „so wenig Sonderarbeitswelten wie möglich, so regulär wie möglich“, um so schrittweise Rahmenbedingungen für eine inklusive Arbeitswelt für alle Beschäftigten zu schaffen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Die Europäische Union hat im Kampf gegen unfaire Behandlung bereits viel erreicht. Wir stehen für einen weiteren Ausbau von Initiativen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, um allen Menschen Gleichbehandlung zu garantieren.

## 5. Menschen mit Behinderungen

*Menschen mit Behinderungen sind von sozialer Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung in besonderer Weise bedroht und können ihre Rechte und Grundfreiheiten in der EU oft nur eingeschränkt wahrnehmen. Der SoVD setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen in der gesamten EU barrierefrei kommunizieren, mobil sein sowie beruflich und sozial teilhaben können.*

**5.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass – über das Europäische Barrierefreiheitsgesetz (European Accessibility Act) hinaus – EU-weit verbindliche Vorgaben und Standards zur Barrierefreiheit vereinbart und umgesetzt werden und Barrierefreiheit beim europäischen Vergaberecht verbindlich vorgeschrieben und bei Ausschreibungen systematisch beachtet wird?**

**CDU/CSU:** Wir setzen uns für eine umfassende Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein. Barrierefreiheit ist Teil der Rechte von Menschen mit Behinderung und wesentlicher Inhalt des Artikels 9 der UN-Behindertenrechtskonvention. Dabei bezieht sich Barrierefreiheit nicht nur auf bauliche Vorhaben und Verkehr, sondern auch auf Barrierefreiheit in der Kommunikation, im Sport, in der Freizeit und in der Kultur.

**SPD:** Ja, wir werden uns dafür einsetzen, dass über den European Accessibility Act hinaus weitere Vorhaben insbesondere im Zusammenhang mit dem europäischem Vergaberecht zum Abbau von Barrieren realisiert werden. Entscheidend ist, dass bei den konkreten Vorhaben zwischen den verschiedenen Gruppen beeinträchtigter Menschen unterschieden wird und für diese gezielt Barrieren abgebaut werden. Exemplarisch zu nennen wäre hier der verstärkte Einsatz von Gebärdendolmetschern und Sprachcomputern sowie dem Zugang zu Texten in leichter bzw. einfacher Sprache.

**FDP:** Wir Freie Demokraten fordern mehr Barrierefreiheit. Die Möglichkeit, an allen Facetten des Lebens teilzunehmen, ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Damit ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, müssen wir Barrieren abbauen. Allerdings sollten weder das europäische Vergaberecht noch die in den Bundesländern geltenden Vergabegesetze mit vergabefremden Kriterien überfrachtet werden. Gerade im Baubereich lässt sich Barrierefreiheit am besten mit der Anwendung der bereits bestehenden DIN-Normen verwirklichen. Diese Normen, DIN 18040, Teile 1-3, müssen schrittweise verbindlich werden. In

anderen Bereichen bestehen bereits spezialgesetzliche Regelungen, etwa im § 8 Personenbeförderungsgesetz, der einen barrierefreien ÖPNV bis 1.1.2022 vorschreibt. Hier bestehen eher Umsetzungsdefizite, die aber nicht über das Vergaberecht zu lösen sind.

**DIE LINKE:** Ja, denn Inklusion ist Menschenrecht. Sie eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es auch selbstbestimmt aktiv gestalten zu können. Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminierungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in der Bildung und in der ehrenamtlichen und politischen Betätigung. Das wollen wir ändern. Wir wollen ein Europäisches Gesetz zur Barrierefreiheit (European Accessibility Act EAA) ohne Einschränkung des Geltungsbereiches, damit Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zu Orten, Produkten und Dienstleistungen erhalten wie alle anderen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen aufgehoben werden, insbesondere psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreuungsrechtliche Zwangsbefugnisse. Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen benötigen Unterstützung. Das beinhaltet vor allem die Förderung unabhängiger Beratung durch Expert\*innen in eigener Sache, von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Nach der enttäuschenden Einigung beim Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit, die weit hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben ist, werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch private Anbieter von Waren und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren verpflichtet werden. Oberstes Ziel muss die Schaffung eines barrierefreien öffentlichen Raums sein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und Veranstaltungen für alle zugänglich und nutzbar sind. Hierzu ist es unumgänglich, auch für die Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

## ***5.2. Welche Initiativen halten Sie für notwendig, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen?***

**CDU/CSU:** Eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes ist eine Veränderung der Einstellung bei Unternehmern bzw. in den Unternehmen. Die Herausforderung für Unternehmen besteht in der Regel darin, maßgeschneiderte Antworten in der jeweils konkreten Situation zu finden. Das Potenzial von Menschen mit Behinderungen zu verschonen, wäre indes eine verlorene Chance. Deshalb muss sich vor allem die Einstellung ändern: Nötig ist eine Sensibilisierung der Arbeitswelt für die Belange von Menschen mit Behinderung und mehr Zutrauen in ihre Fähigkeiten. Allein zusätzliche finanzielle Mittel oder neue Eingliederungsinstrumente wären nicht zielführend. Vielmehr müssen alle vorhandenen Möglichkeiten stärker und konsequenter genutzt werden.

**SPD:** Hier ist es notwendig, dass die Europäische Strategie zugunsten Menschen mit Behinderungen (2010-2020) fortgesetzt wird, insbesondere im Bereich Beschäftigung. Menschen mit Behinderung machen rund ein Sechstel der EU-Gesamtbevölkerung aus, ihre Beschäftigungsquote fällt aktuell allerdings deutlich geringer aus. Siehe auch Antwort auf Frage 4.2.

**FDP:** Viele Menschen mit Schwerbehinderung sind hochqualifiziert und haben trotz ihrer exzellenten Ausbildung Schwierigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Schon heute handeln viele Unternehmen vorbildlich und stellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Beeinträchtigungen ein. Dabei haben sie die Möglichkeit, Unterstützungsangebote der

Integrationsämter zum barrierefreien Umbau des Arbeitsplatzes in Anspruch zu nehmen. Hier besteht allerdings noch Verbesserungsbedarf. So sind wir Freie Demokraten der Auffassung, dass die Integrationsämter nicht nur umfangreicher über ihre vielfältigen Unterstützungsangebote informieren sollten, sondern auch zielgerichteter auf Unternehmen zugehen müssen. Denn viele Möglichkeiten bleiben bisher ungenutzt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Behinderungen können schon heute Arbeitsassistenzen beantragen. Diese erleichtern die Arbeitsaufnahme ungemein, jedoch sind Antragsverfahren langwierig, bürokratisch und intransparent. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, dass die zuständigen Behörden Anträge auf Arbeitsassistenz schneller, transparenter und zudem auch großzügiger bewilligen. Seit über einem Jahr kann der Weg in den Arbeitsmarkt zudem durch Lohnkostenzuschüsse durch das sogenannte Budget für Arbeit erleichtert werden. Bisher ist jedoch unklar, ob dieses Instrument erfolgreich ist. Wir Freie Demokraten fordern daher eine zeitnahe Evaluierung des Budgets für Arbeit und die Umsetzung entsprechender Verbesserungen. Zudem setzen wir uns für den Wegfall der Begrenzung der Lohnkostenzuschüsse auf ein sehr niedriges Lohnniveau ein.

**DIE LINKE:** Siehe Antwort auf Frage 4.2.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie, die seit Jahren von der deutschen Bundesregierung blockiert wird, endlich kommt. Sie würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen und ein umfassendes Diskriminierungsverbot nicht nur aufgrund von Behinderung, sondern auch von Religion oder der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität außerhalb des Arbeitsmarktes schaffen. International anerkannte Menschenrechte würden in der Europäischen Union eine Rechtsgrundlage erhalten, und die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung würde auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt, wie zum Beispiel das Recht auf Zugang zu allen Bildungseinrichtungen und das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen.

### ***5.3. Welche Initiativen unterstützen Sie zur Umsetzung der durch die EU ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention?***

**CDU/CSU:** Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan. Seine Umsetzung werden wir in den kommenden Jahren weiter begleiten und gleichzeitig die Teilhabe weiter fördern.

**SPD:** Eine wichtige Initiative ist die Europäische Strategie zugunsten Menschen mit Behinderungen (2010-2020) als Hauptinstrument zur Umsetzung der UN-Konvention. Die Strategie fördert die aktive Eingliederung und uneingeschränkte Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben und agiert dabei insbesondere in den Bereichen Zugänglichkeit, Teilhabe, Gleichstellung, Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung, sozialer Schutz, Gesundheit und Maßnahmen im Außenbereich. Die Strategie enthält ebenfalls verpflichtende Anforderungen im Hinblick auf die Barrierefreiheit von öffentlichen Räumen sowie einem Mindestprozentsatz in Bezug auf die Einstellung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Im vergangenen Jahr hat eine erste Evaluierung der Strategie stattgefunden, deren Ergebnisse dann als Grundlage für künftige Maßnahmen verwendet werden. Siehe auch Antworten auf Frage 4.2 und 5.2.

**FDP:** Deutschland gehörte zu einem der ersten der inzwischen über 130 Staaten, die vor zehn Jahren die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert haben. Für uns Freie Demokraten ist klar: Menschen mit Behinderungen müssen die Chance auf echte Teilhabe bekommen. Aus diesem Grund setzen wir uns mit Nachdruck für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland und Europa ein. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass noch viel Überzeugungsarbeit notwendig ist, wenn wir dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft näher kommen wollen. Aus Sicht von uns Freien Demokraten ist es deshalb wichtig, dass wir das Bewusstsein für die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft weiter schärfen. Wir setzen uns dabei für Lösungen ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Aus unserer Sicht funktioniert eine Politik mit der Brechstange, wie sie beispielsweise bei der schulischen Inklusion häufig betrieben wird, nicht. Wir setzen uns deshalb für die Freiheit bei der Wahl der Schulform und einen Erhalt von Förderschulen ein. Zugleich müssen die Umsetzungsdefizite bei schon bestehenden gesetzlichen Regelungen bekämpft werden. Wenn zum Beispiel die Pflicht zum barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr zum 1. Januar 2022 aus § 8 Personenbeförderungsgesetz erkennbar nicht erreicht wird, muss entschiedener entgegen gesteuert werden. Gleiches gilt für die schrittweise Umsetzung des barrierefreien Bauens, wofür die DIN 18040 Teile 1-3 Leitlinien bietet. Auch vermeintliche Nebenthemen, zum Beispiel der Einsatz von Assistenztieren oder die Verfügbarmachung moderner Technologien, stehen derzeit nur unzureichend auf der politischen Agenda. Das wollen wir ändern.

**DIE LINKE:** Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden. Selbstbestimmung ist als dominierendes Prinzip einklagbar in der Behindertenpolitik zu verankern. Daneben setzt sich DIE LINKE für die Verwirklichung des Selbstvertretungsanspruches von Menschen mit Behinderungen ein. Chancengerechtigkeit soll hergestellt und Barrieren – auch in den Köpfen – müssen abgebaut werden. Das Prinzip der barrierefreien Zugänglichkeit aller Lebensbereiche ist eine unabdingbare Grundlage für gleiche Teilhabe und fördert den solidarischen Zusammenhalt.

DIE LINKE fordert: Eine Überprüfung aller Gesetze und Verordnungen, ob diese der UN-BRK entsprechen und bei Bedarf entsprechende Änderungen; ein menschenrechtskonformes Bundesteilhabegesetz, das seinen Namen auch verdient und keine Kostenvorbehalte, Einkommens- sowie Vermögensanrechnungen und Zumutbarkeitsprüfungen vorsieht und so tatsächliche Chancengerechtigkeit schafft; gute Arbeit und Einkommen, von denen man leben kann, auch für Menschen mit Behinderungen (einschließlich der Werkstattbeschäftigten); das Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen für ein selbstbestimmtes Leben in Arbeit, Bildung, Wohnen, Freizeit und im Ehrenamt; die Verbesserung der Stellung von Menschen mit schweren sog. geistigen und Mehrfachbehinderungen, psychischen Beeinträchtigungen und chronischen Erkrankungen; „eine Schule für Alle!“ - inklusive Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung in allen Entwicklungsphasen; die entsprechende Qualifizierung des Personals und Ausstattung der Einrichtungen; Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen durch Umsetzung des „Design für Alle“ bzw. „Nutzen-für-alle-Konzepts“, das bedeutet von Planungen für Barrierefreiheit in allen Bereichen und die Beseitigung bestehender Barrieren; ein umfassendes und wirkungsvolleres Antidiskriminierungsgesetz sowie menschenrechtskonforme Behindertengleichstellungsgesetze gemäß der UN-BRK.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission kommt ungeachtet aller politischen Reformen zu dem Schluss, dass nicht alle von der Europäischen Union und den EU-Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen den menschenrechtsbezogenen Ansatz der UN-Behindertenrechtskonvention verfolgen. Wir werden uns daher



mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Rechte von Menschen mit Behinderung sichergestellt und die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention in allen EU-Mitgliedstaaten voll umgesetzt werden.

## 6. Frauen

*Obwohl die Gleichstellung in den europäischen Mitgliedstaaten in den jeweiligen Verfassungen fest verankert ist, sind Frauen und Männer in vielen Bereichen, wie Beschäftigung, Gehalt, Berufsausbildung, Arbeitsorganisation, Zugang zu verantwortungsvollen Positionen, Respektierung der Würde oder Repräsentation im öffentlichen Leben noch immer nicht vollständig gleichgestellt.*

*45 Prozent aller Frauen sind von einer Form von Gewalt betroffen, 12 bis 15 Prozent von häuslicher Gewalt. Ca. 500.000 Frauen werden jährlich illegal in die EU gebracht und zur Prostitution gezwungen. Gewalt widerfährt Frauen aber auch durch Zwangsheirat, Vergewaltigung in der Ehe, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, demütigendes Verhalten oder Einschüchterung.*

### **6.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frauen EU-weit den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sowie gleichen Zugang zur sozialen Sicherung erhalten?**

**CDU/CSU:** Ja, CDU und CSU stehen hinter dem Grundsatz, dass Männer und Frauen gleiches Entgelt für gleiche Arbeit erhalten sollen. Um dies zu erreichen, setzen sich CDU und CSU dafür ein, dass Männer und Frauen Familie und Beruf besser vereinbaren können, Hürden für Frauen am Arbeitsmarkt abgebaut werden, weibliches Unternehmertum gestärkt wird und Frauen die Chancen des digitalen Wandels erfolgreich für sich nutzen können. Die Entgeltlücke zu schließen, ist gleichzeitig ein wichtiger Schritt, um der geschlechtsspezifischen Rentenlücke (gender pension gap) zu begegnen. CDU und CSU haben hierzu innerhalb der EVP-Fraktion die Basis für eine umfassende Strategie gelegt, ohne in die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten und ihre unterschiedlichen Rentensysteme einzugreifen.

**SPD:** Die SPD will, dass Frauen endlich den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit wie ihre männlichen Kollegen bekommen. Sie haben ein Recht auf die gleiche soziale Sicherheit. Auch muss die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf im 21. Jahrhundert in Europa eine Selbstverständlichkeit sein. Doch Frauen verdienen derzeit europaweit im Durchschnitt 16 Prozent weniger als Männer. Auch die Altersarmut ist weiblich: Frauen bekommen in Europa 36 Prozent weniger Rente als Männer. Diese Lücken zwischen Frauen und Männern müssen geschlossen werden. Eine faire und partnerschaftliche Aufteilung von Betreuungs-, Pflege- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen muss selbstverständlich sein.

Deshalb wollen wir, dass die Lohn- und Rentenlücke zwischen Frauen und Männern geschlossen wird – durch Vereinbarung verbindlicher Ziele und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz, das die Einhaltung überwacht und Verstöße sanktioniert.

Zusätzlich wollen wir die konsequente Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unser Ziel bleibt der echte Mentalitätswechsel, damit auch Pflege-, Haus- und Betreuungsarbeit künftig partnerschaftlich und gerechter aufgeteilt werden. Dies wird auch dazu beitragen, die bestehende Diskriminierung von Frauen auf

dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, damit Frauen und Männer zu gleichen Teilen am Erwerbsleben teilhaben und in allen Bereichen vertreten sind. Dazu gehört auch, Männern und Frauen zu ermöglichen, flexible Arbeitszeiten zu beantragen, um auf Änderungen in ihrer Lebenssituation zu reagieren.

**FDP:** Wir Freie Demokraten wollen die Ursachen der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen gezielt bekämpfen. Beim Vorankommen durch eigene Leistung darf das Geschlecht keine Rolle spielen. Eine EU-weite Regelung oder gar Vereinheitlichung von Löhnen lehnen wir allerdings ab. Für deren Ausgestaltung sollen auch weiterhin die Tarifpartner vor Ort zuständig sein.

**DIE LINKE:** Ja. Wir wollen europaweit die Lohndiskriminierung von Frauen überwinden. Überall in Europa muss gelten: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Wir streiten für eine Aufwertung von Berufen etwa in der Pflege, Erziehung und im Einzelhandel, in denen vor allem Frauen arbeiten und die häufig schlecht bezahlt werden. Es darf auch in der Erwerbsarbeit keine Rolle spielen, ob man als Mann oder Frau geboren wurde. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen in der EU sozial abgesichert werden. Nur so ist ein selbstbestimmtes Leben möglich.

Gute Arbeit muss für alle Beschäftigten – Männer und Frauen – normal werden. Dafür schaffen wir klare Standards, die von niemandem und nirgendwo unterlaufen werden dürfen: Wir wollen unbefristete und sozial abgesicherte Arbeit. Arbeit mit Zukunftsperspektiven statt prekärer Jobs. Wir wollen Arbeitszeiten, die zum Leben passen, statt Dauerstress, prekäre Teilzeit und Minijobs.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Ja. Um gegen die geschlechterspezifische Entgeltungleichheit (Gender Pay Gap) vorzugehen, fordern wir eine europäische Entgelttransparenzrichtlinie, die Kriterien für die Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir zudem die Möglichkeit, mit der Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die Frauen nicht mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen.

## ***6.2. Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie, die eine stärkere Sensibilisierung der europäischen Bürgerinnen und Bürger für das Thema Gewalt gegen Frauen und insbesondere zur häuslichen Gewalt zum Ziel haben?***

**CDU/CSU:** Siehe 6.3.

**SPD:** Mädchen und Frauen müssen selbst über ihren Lebensweg bestimmen können – frei von Gewalt, Sexismus und Diskriminierung. Geschlechtsspezifische Gewalt trifft Frauen in der EU nach wie vor in ihrer ganzen Härte. Sie werden ausgenutzt, bedroht, geschlagen, vergewaltigt und getötet. Debatten wie #metoo haben dieses Thema in den vergangenen Jahren wieder verstärkt in den Fokus gerückt. Sie zeigen aber nur die Spitze des Eisbergs. Die europäische Gesellschaft muss weiterhin dafür sensibilisiert werden, dass Mädchen und Frauen in Europa tagtäglich betroffen sind und Gewalt am eigenen Leib erfahren.

Wir haben uns daher bereits in der Vergangenheit für ein offizielles Europäisches Jahr eingesetzt, das von der Kommission durchgeführt werden sollte. Damit einhergehend ist die Forderung nach einer europaweiten Kampagne zur Sensibilisierung sowie vermehrten Förderungsmöglichkeiten von Projekten und Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische

Gewalt. Wir unterstützen die Europäische Grundrechteagentur (FRA) und das Europäische Gleichstellungsinstitut (EIGE) und ihre wichtige Arbeit in der Datensammlung und -analyse: Die unterschiedlichen Formen von Gewalt, und ihr Ausmaß, können der Öffentlichkeit nur mit der Hilfe von Daten deutlich werden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, das äußerst bekannte und viel genutzte Finanzierungsprogramm DAPHNE zu verlängern - damit Organisationen in der ganzen EU einfach und effizient Gelder abrufen können, und der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen eine sichtbare Priorität bleibt. Auch die Ratifizierung und Umsetzung der sogenannten Istanbul Konvention muss genutzt werden, um mehr Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken.

**FDP:** Siehe 6.3.

**DIE LINKE:** Patriarchale Strukturen, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Unterdrückung und strukturelle Gewalt sind in den EU-Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Rechte, erzkonservative und christlich fundamentalistische Bewegungen greifen weltweit die Rechte von Frauen\* und Migrant\*innen, von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen (LGBTTIQ\*) an. Sie wollen gesellschaftlichen Rückschritt und die erkämpften Rechte von Frauen beschneiden – in einigen europäischen Ländern geschieht das bereits. DIE LINKE steht für das Gegenteil ein: Wir unterstützen den Kampf für gleiche Rechte, sexuelle Selbstbestimmung, gegen Sexismus – und für soziale Gleichheit.

Gewalt gegen Frauen ist dabei nur die Spitze des Eisbergs, sie sind die offensichtlichen Belege eines tiefergehenden gesellschaftlichen Sexismus, der in seinen vielen Erscheinungsformen angegangen werden muss, wenn wirksame und langfristige Prävention erreicht werden will.

Von Flucht und Vertreibung sind weltweit in besonderem Maße Frauen betroffen. Geschlechtsspezifische Verfolgung und Gewalt, auch Verfolgung aufgrund von sexueller Identität, müssen als Asylgrund anerkannt werden. Traumatisierte, geschundene, vergewaltigte Frauen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten und aus Schwellenländern wie Indien müssen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgenommen und betreut werden. Wir wollen eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans\* Menschen. Das Personal in den Unterkünften muss entsprechend besser geschult werden. Initiativen geflüchteter Frauen, von Lesben, Schwulen, Trans\* und Intergeschlechtlichen wollen wir stärken.

Neuere Studien belegen, dass die Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigten noch weit größer ist als in der Durchschnittsbevölkerung. Neben einer direkten personalen Gewalt sind sie den vielfältigsten Formen von Diskriminierung sowie von struktureller Gewalt betroffen. Dieser erfolgt sowohl in Privathaushalten wie in Einrichtungen. Auch sie haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit, ihrem Bedarf muss entsprochen werden.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufgestockt werden. Das umfasst auch die Informations- und Sensibilisierungsarbeit für dieses Thema in der Bevölkerung.

### **6.3. Welche Maßnahmen unterstützen Sie zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen?**

**CDU/CSU:** Die EU und Deutschland haben die „Istanbul-Konvention“, das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, unterzeichnet. CDU und CSU verurteilen jegliche Form von Belästigung

und Gewalt gegen Frauen und setzen sich vehement für die konsequente Anwendung des entsprechenden Rechtsrahmens ein.

Die Rechte der Opfer werden in allen Phasen des Strafverfahrens durch eine EU-Richtlinie (RICHTLINIE 2012/29/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI) gestärkt, die die Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten festlegt.

Diese Richtlinie legt großen Wert auf den Zugang zu angemessener Unterstützung einschließlich der speziellen Unterstützung für Frauen und Kinder, die Opfer verschiedener Formen von Gewalt wurden. Die EU-Länder müssen beispielsweise einen angemessenen Zugang für Opfer von häuslicher Gewalt und Nothilfe für Opfer sexueller Gewalt gewähren. Darüber hinaus wird ein individueller Beurteilungsmechanismus eingeführt, um festzustellen, ob spezielle Maßnahmen erforderlich sind, um besonders schutzbedürftige Opfer während eines Strafverfahrens zu schützen.

Die EU hat auch Instrumente zur gegenseitigen Anerkennung von Schutzmaßnahmen eingerichtet. Dadurch wird sichergestellt, dass Maßnahmen wie die Zurückhaltung oder Sperrung von Anordnungen, die in einem EU-Land erlassen wurden, in einem anderen Mitgliedsstaat mit einem Minimum an Bürokratie anerkannt werden. So können die Opfer grenzüberschreitend umziehen, ohne den rechtlichen Schutz zu verlieren.

Um geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern, setzen CDU und CSU zudem auf präventive Maßnahmen, die die Grundursachen in den Blick nehmen und Einstellungen, geschlechtsspezifische Rollen und Stereotype verändern, die bisher zu geschlechtsspezifischer Gewalt führten. Zu diesen Maßnahmen zählen: Bewusstsein schaffen, Ausbildung, Training von Experten sowie Beteiligung des privaten Sektors und der Medien.

**SPD:** Wir fordern einen Rechtsakt, der sowohl ein kohärentes System zur Erhebung statistischer Daten als auch einen verstärkten Ansatz der Mitgliedstaaten zur Prävention und Verfolgung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie geschlechtsbezogener Gewalt sicherstellt und einen niedrigschwelligen Zugang zur Justiz ermöglicht. Die am 13. Juni 2017 von der Europäischen Union unterzeichnete Istanbul-Konvention ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Konvention verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, Maßnahmen zum Schutz der Opfer, zur strafrechtlichen Verfolgung der Täter und zur Vermeidung geschlechtsspezifischer Verbrechen durchzuführen.

Wir fordern ihre zügige Ratifikation und Umsetzung, um Frauen endlich europaweit einheitlich zu schützen und Gewalt gegen Frauen ein unverzügliches Ende zu bereiten. Zudem wollen wir den Austausch von best practice Beispielen weiter voranbringen. Dabei geht es um sexuelle Belästigung, Belästigung am Arbeitsplatz sowie Menschenhandel - auch zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Dies wird uns helfen, eine umfassende Strategie zur Beendigung der Gewalt auf den Weg zu bringen.

**FDP:** Die Fragen 6.2 und 6.3 werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freie Demokraten, wollen, dass die Freiheits- und Menschenrechte von Frauen europaweit gefördert und durchgesetzt werden. Gegenüber den Mitgliedstaaten muss die EU sich konsequent für den Abbau von unmittelbaren und mittelbaren Diskriminierungen einsetzen, von denen Frauen besonders betroffen sind. Um die Ausgangslage auch in Zukunft zu dokumentieren und die Entwicklungen besser überwachen zu können, soll neben der Fortführung auch die thematische Erweiterung des jährlichen Berichts der EU-Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU beschlossen werden. Somit soll der Bericht zukünftig auch die Lage der Umsetzung der Rechte von Frauen in der EU und den Aspekt der strukturellen Gewalt gegen Frauen, unter anderem auch in der Politik,

erörtern. Dies gilt auch für das Thema häusliche Gewalt. Zugleich fordern wir die Einsetzung einer beim Europäischen Parlament angesiedelten, unabhängigen Europäischen Beauftragten für Frauenrechte. Darüber hinaus sind Projekte und Kooperationen sowie ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen nationalen und EU-Behörden zu unterstützen, die Konzepte für konkrete Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen erarbeiten und durchführen. Die Opfer von sexueller und häuslicher Gewalt besser zu unterstützen, ist eine Daueraufgabe. Dazu gehört es, die Prävention weiter zu stärken und von Gewalt Betroffene zu stärken, sich Hilfe zu holen. Wir Freie Demokraten haben uns in Deutschland daher beispielsweise für das bundesweite Hilfetelefon stark gemacht, das heute exzellente Arbeit leistet. Die Einschränkung der selbstbestimmten Entfaltung von Frauen durch antiquierte Geschlechterbilder und überholte Rollenzuweisungen müssen auch konkret in allen Lebensbereichen hinterfragt, reflektiert und diskutiert werden, um sie zu verändern. Daher unterstützen wir europaweite Austauschprojekte zwischen Schulen, Universitäten und Unternehmen sowie länderübergreifende Kooperationen zwischen Jugendorganisationen, die diese Veränderung zum Ziel haben.

**DIE LINKE:** Für alle von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder ist europaweit ein Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und Hilfe zu schaffen. Dieser muss zwingend so gestaltet sein, dass er unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlicher Einschränkungen oder Behinderungen für die betroffenen Frauen und deren Kinder gilt und keine Nachweispflichten enthält, die die betroffenen Frauen zusätzlich belasten oder ihre Sicherheit gefährden. Die Finanzierung des gesamten Schutz- und Hilfesystems (ambulante wie stationäre Dienste) muss in allen EU-Ländern dauerhaft und verbindlich sicherstellt und die finanzielle Verantwortung dafür zwischen so geregelt, dass eine bedarfsgerechte Infrastruktur entwickelt werden kann. Außerdem fordert DIE LINKE einen europaweiten Aktionsplan gegen Sexismus.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Nachdem auch die Europäische Union die Konvention ratifiziert hat, setzen wir uns nun dafür ein, dass diese konsequent in den Mitgliedstaaten umgesetzt und eingehalten wird. Dafür fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele vorgibt, damit Frauen und Mädchen – unter anderem auch in den EU-Ländern, die die Konvention noch nicht ratifiziert haben – besser geschützt werden und Verletzungen sanktioniert und vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden können.

## 7. Gesundheit

*Die Gesundheitspolitik liegt aufgrund der Subsidiaritätsklausel zu Recht weitgehend in der Verantwortung der Nationalstaaten. Dennoch kann auch auf europäischer Ebene einiges unternommen werden, um für alle Patientinnen und Patienten in der Europäischen Union eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten und die nationalen Gesundheitssysteme in ihrer Unterschiedlichkeit zu bewahren.*

**7.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Charakter der Gesetzlichen Krankenversicherung als öffentlich-rechtliche Körperschaft beibehalten wird und sie nicht dem Wettbewerbs- bzw. Kartellrecht unterliegt?**

**CDU/CSU:** CDU und CSU setzen sich nachhaltig für eine qualitativ hochwertige flächendeckende wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung ein. Die zentrale Bedeutung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) steht dabei außer Frage. Dennoch darf man sich dem Wettbewerb nicht verschließen. Wettbewerb im Gesundheitswesen nützt Versicherten und Patienten. Sie erhalten so eine größere Wahlfreiheit und am Ende eine bessere Behandlung. Wettbewerb im Gesundheitswesen ist kein Selbstzweck, sondern der Weg zu einer besseren medizinischen Qualität, zu mehr Effizienz und zu weniger Bürokratie. Am Charakter der GKV als öffentlich-rechtlicher Körperschaft möchten wir nichts ändern.

**SPD:** Von der Qualität von Medizinprodukten, digitaler Gesundheit, der Bekämpfung von Antibiotikaresistenz bis zur Möglichkeit sich grenzüberschreitend im EU-Ausland behandeln zu lassen - das alles ist europäische Gesundheitspolitik. Auf europäischer Ebene müssen wir immer die richtige Balance finden, so dass einerseits die Subsidiarität gewahrt bleibt, die Bürgerinnen und Bürger andererseits aber den größten Nutzen aus unserer Gesundheitspolitik ziehen können. Die Regelung zur gesetzlichen Krankenkasse obliegt den Mitgliedsländern. Die EU hat hier kein Mitspracherecht.

**FDP:** Ein gesunder Wettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung führt dazu, dass die Kassen wirtschaftlicher handeln. Das führt im Idealfall zu niedrigeren Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Insbesondere im Bereich des Verwaltungsapparats der Kassen können so unnötige Kosten vermieden werden. Im Bereich der Leistung und Leistungsqualität verbessert Wettbewerb die Versorgung. Dieser Wettbewerb kann unabhängig von der Rechtsform der Gesetzlichen Kassen funktionieren. Es muss dafür gesorgt werden, dass es nicht zu einer zu geringen Anzahl an Gesetzlichen Krankenkassen kommt, weil sonst die Gefahr droht, dass eine oder eine geringe Anzahl an Krankenkassen den Markt dominiert und damit den Wettbewerb gefährdet.

**DIE LINKE:** Ja. Gesundheitliche Dienstleistungen sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und dürfen als solche nicht der Anwendung von Markt- und Wettbewerbsmechanismen unterliegen. Die Möglichkeiten zur Gestaltung der Gesundheitssysteme – auf nationalstaatlicher wie auf europäischer Ebene – dürfen nicht durch das europäische Binnenmarkt- und Wettbewerbsrecht eingeschränkt werden. Daher muss entweder im europäischen Primärrecht oder durch eine europäische Richtlinie über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse eine Bereichsautonomie für die Gesundheitssysteme festgeschrieben werden. Diese Instrumente bedürfen des politischen Willens der Mitgliedstaaten, das Primat des Marktes im Integrationsprozess einzuschränken. Gleichzeitig sind es derzeit aber gerade die Mitgliedstaaten, die in ihren jeweiligen Systemen Ökonomisierungs- und Privatisierungsprozesse vorantreiben. Umso dringlicher ist der Einsatz für eine solidarische Gesundheitspolitik in Deutschland – in nationaler ebenso wie in europäischer Perspektive. Das grundlegende Ziel einer solidarischen Gesundheitspolitik, allen Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status und ihren finanziellen Möglichkeiten einen freien Zugang zu einer Gesundheitsversorgung auf hohem medizinischem Niveau zu garantieren, muss auch in der Europäischen Union gelten.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Ja, wir wollen die gesetzliche Krankenversicherung als öffentlich-rechtliche Körperschaft erhalten. Der Solidarcharakter der Wettbewerbsordnung in der gesetzlichen Krankenversicherung muss erhalten bleiben.

## **7.2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass neue Medizinprodukte erst ihren Nutzen und ihre Sicherheit nachweisen müssen, bevor sie auf den Markt gelangen?**

**CDU/CSU:** Bestehende und bewährte Regelungen müssen immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie den aktuellen wissenschaftlichen Anforderungen an größtmöglicher Sicherheit für die Patienten entsprechen.

Hierbei gilt es, ein Gleichgewicht herzustellen, das medizinischen Fortschritt nicht behindert, sondern für Patienten schnell verfügbar macht. Die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Patienten dürfen dabei nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden. Das geltende regulatorische System für Medizinprodukte hat sich grundsätzlich bewährt. Schwachstellen aus den jüngsten Skandalen werden bei der derzeitigen Überarbeitung auf EU-Ebene berücksichtigt.

In Deutschland werden aus den Arzneimittelskandalen in der letzten Zeit seitens der Bundesregierung mit dem "Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV)" schnell und entschlossen Konsequenzen gezogen. Das Gesetz ist im Bundesrat zustimmungspflichtig und soll Mitte des Jahres in Kraft treten.

**SPD:** Ja. Mit zwei neuen Verordnungen zu Medizinprodukten und Produkten der in-vitro-Diagnostik soll die Sicherheit dieser Produkte und damit der Schutz von Patientinnen und Patienten verbessert werden. Die bisherigen Prüfsysteme hatten Schwachstellen, wie unter anderem anhand der Fälle fehlerhafter Brustimplantate (Medizin-Produkt) und HIV-Tests (in-vitro-Diagnostik-Produkt) deutlich geworden ist. Mit den neuen Verordnungen sollen u.a. die national bestimmten Prüfstellen stärkeren Auflagen unterliegen, und verstärkt überwacht werden. Besonders kritische Produkte sollen zudem von einem unabhängigen europäischen Prüflabor zusätzlich untersucht werden. Auch die Nachverfolgbarkeit und konstante Kontrolle der Produkte soll verbessert werden. Skandale, wie der, der fehlerhaften Brustimplantate in Frankreich oder der, der illegal gehandelten Krebsmedikamente des Händlers Lunapharm, zeigen, dass wir auf europäischer Ebene, für den ganzen Binnenmarkt, wichtige Standards setzen müssen und so für mehr Sicherheit für Patienten sorgen können. Unser wichtigstes Ziel ist es, Patienten vor fehlerhaften oder gering getesteten Arzneimitteln und Medizinprodukten zu schützen und das in der gesamten EU. Europas Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, gut versorgt zu werden. Sie müssen sich nicht nur darauf verlassen können, dass sie medizinisch einwandfrei behandelt werden, sondern auch darauf, dass wir in der EU die höchsten Standards bei Medizinprodukten und Arzneimitteln wahren. In der nächsten Legislaturperiode heißt es die Implementierung dieser Verordnungen genau zu beobachten.

**FDP:** Alle Medizinprodukte, die auf den Markt gebracht werden, sollten sicher sein. Allerdings existieren höchst unterschiedliche Medizinprodukte, wobei nicht an alle die gleichen Kriterien angesetzt werden können. Herzkatheter beispielsweise müssen vom Risiko her deutlich anders bewertet werden als etwa Gehhilfen. Eine komplette Neuzulassung jedes nur leicht veränderten Medizinprodukts würde die Kosten für die Versicherten erheblich erhöhen. Es muss aber garantiert sein, dass für neue Medizinprodukte und Medizinprodukte mit erheblichen Funktionsänderungen die Sicherheit und ein Zusatznutzen nachgewiesen werden muss.

**DIE LINKE:** Ja. DIE LINKE kritisiert die bestehenden Regelungen und fordert eine deutlich verbesserte Patientensicherheit bei der Anwendung von Medizinprodukten. Das derzeitige EU-Konformitätsverfahren hat sich als nicht ausreichend und manipulationsanfällig erwiesen. Wir wollen stattdessen mindestens für Medizinprodukte der höheren Gefährdungs-

klassen (Klassen IIb und III) eine Zulassungspflicht ähnlich wie bei Arzneimitteln. Schließlich können etwa von Implantaten ähnlich große Gefahren für die Gesundheit ausgehen wie von Arzneimitteln.

Medizinprodukte müssen nicht nur sicher sein, sondern den Patientinnen und Patienten auch tatsächlich nutzen. Diesen Nachweis müssen die Hersteller der Medizinprodukte bis heute nicht erbringen. Das wollen wir in Übereinstimmung mit vielen Patientenorganisationen ändern. Die Zulassung soll von einer staatlichen Behörde erteilt werden, nicht wie jetzt das CE-Kennzeichen meist von einem Privatunternehmen. In klinischen Studien soll vor Marktzugang nachgewiesen werden, dass das Medizinprodukt für eine gute Therapie sinnvoll ist – auch im Vergleich zu bereits etablierten Verfahren. Der Hersteller muss eine hohe Qualität seiner Medizinprodukte auch nach Marktzugang gewährleisten. Für eine bessere Marktüberwachung fordert DIE LINKE unangekündigte Kontrollen bei den Herstellern sowie auch in der Lieferkette.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Alle Medikamente müssen ihre Sicherheit und ihre Wirksamkeit nachweisen, bevor sie auf den Markt kommen können. Der Zusatz-Nutzen des Medikaments muss bislang leider nicht nachgewiesen werden, sondern wird erst bei der Preisfestlegung berücksichtigt. Wir setzen uns ein, dass der Zusatznutzen schon mit der Zulassung geprüft wird - also bevor das Medikament auf den Markt kommt.

***7.3. Werden Sie sich für Regulierungen einsetzen, die zur raschen und wirksamen Reduzierung von Umweltbelastungen, von gesundheitsgefährdenden Stoffen in Lebensmitteln und Gebrauchsgütern sowie von Feinstaub- und Lärmemissionen im Verkehr beitragen?***

**CDU/CSU:** Substanzen, die ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellen, sind in allen Verpackungsmitteln, Kleidung und Alltagsprodukten so weit wie möglich zu vermeiden. Wir tragen zu einem nachhaltigen globalen Chemikalienmanagement bei. Wir wollen dafür sorgen, dass Stoffe, deren chronische Wirkung zu Erkrankungen führen, anhand wissenschaftlich begründeter und klar definierter Kriterien in die Kandidatenliste unter REACH aufgenommen werden. REACH ist seit 2007 in Kraft und soll ein hohes Schutz-niveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sicherstellen. REACH beruht auf dem Grundsatz, dass Hersteller, Importeure und nachgeschaltete Anwender die Verantwortung für ihre Chemikalien übernehmen. Sie müssen sicherstellen, dass Chemikalien, die sie herstellen und in Verkehr bringen, sicher verwendet werden. Das Kürzel „REACH“ leitet sich aus dem englischen Titel der Verordnung ab: Regulation concerning the Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of CHemicals. Die REACH-Verordnung gilt als eines der strengsten Chemikaliengesetze der Welt.

Die Basisverordnung zur Lebensmittelsicherheit (VO (EG) Nr. 178/2002) schreibt vor, dass die Mitgliedstaaten das Lebensmittelrecht umsetzen und die Umsetzung überwachen und überprüfen. Hierzu müssen sie nach den Artikeln 41 – 43 der Kontrollverordnung (VO (EG) Nr. 882/2004) einen Mehrjährigen Nationalen Kontrollplan (MNKP) aufstellen. In diesem Plan sollen die Ziele, die sich die Mitgliedstaaten hinsichtlich der Kontrolle zur Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tiergesundheit und des Tierschutzes sowie der Pflanzengesundheit gesetzt haben, benannt werden. Darüber hinaus müssen die Instrumente sowie die Strukturen, einschließlich der personellen und materiellen Ausstattung, die zur Erfüllung dieser Ziele zur Verfügung stehen, in dem Plan aufgeführt werden. Die Gemeinschaftskontrollen der Kommission konzentrieren sich auf die Überprüfung der Umsetzung des MNKP.

Beim Verkehr setzen wir auf u.a. eine verstärkte Nutzung der Elektromobilität, des ÖPNV und der Schiene. Wir bekennen uns zur Erhaltung und Stärkung der Automobil-industrie



als Innovationstreiber und Garant für Wohlstand und wertvolle Arbeitsplätze. Bei der Entwicklung neuer emissionsarmer Antriebsformen plädieren wir für einen technologieoffenen Ansatz, der geeignete Rahmenbedingungen für innovative Forschung setzt. Dazu zählt auch die Entwicklung des sauberen Verbrennungsmotors. Die ideologische Ablehnung des Diesels kommt für uns nicht in Frage. Wir verfolgen das Ziel, mit einer vernünftigen und sachlichen Vorgehensweise Wirtschaft und Umwelt gemeinsam in Einklang zu bringen.

**SPD:** Die Gesundheit der Menschen in der EU liegt uns am Herzen. Daher unterstützen wir selbstverständlich Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission, die das Schutzniveau halten oder verbessern.

Deshalb muss beispielsweise in ganz Europa nach 2023 endlich Schluss sein mit dem Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Pflanzengiften. Sie töten in kurzer Zeit viele Wildpflanzen und zerstören die Nahrungsgrundlage für Vögel und Insekten. Auch Neonicotinoide, die nicht vom jüngsten EU-Verbot betroffen sind, gehören auf den Prüfstand. Zulassungsverfahren müssen neu justiert und Ausnahmetatbestände reduziert werden. Den Schutz von Bienen und anderen Bestäubern verstehen wir als zentrales Versprechen an die nächste Generation.

Zudem wollen wir keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa. Für uns gilt das Vorsorgeprinzip, insbesondere bei neuen Methoden der Gentechnik wie CRISPR/Cas9. Eine diesbezügliche Aufweichung der EU-Regelungen lehnen wir ab.

Zudem wollen wir, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auf einen Blick den Zucker-, Fett- und Salzgehalt von verarbeiteten Lebensmitteln erkennen, vergleichen und die gesündere Wahl treffen können. Dafür führen wir europaweit eine verbindliche Nährwertkennzeichnung ein nach dem Vorbild der französischen Nährwertampel „Nutri-Score“.

**FDP:** Wenn es wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass bestimmte Stoffe in bestimmten Mengen zu erheblichen gesundheitlichen Schäden führen, dann muss gehandelt werden. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, ideologiefrei und technologieoffen Lösungen zur Reduzierung von gesundheitsschädlichen Stoffen zu finden. Dabei müssen die ergriffenen Maßnahmen dafür geeignet sein, die gesundheitsgefährdenden Stoffe nachweislich zu reduzieren, möglichst ohne dabei die Menschen in ihrer freien Entscheidung einzuschränken.

**DIE LINKE:** Ja. Die Zerstörung des Klimas und der Umwelt muss gestoppt werden. Wir wehren uns gegen eine Politik, die wesentliche Bestandteile unseres Lebens, wie Wasser, Luft, intakte Umweltbedingungen und Gesundheit, den Profitinteressen unterordnet. Europa muss gemeinsam beim Klimaschutz vorangehen. Diese Prioritäten lassen sich unmöglich in einem rein nationalen Rahmen setzen, deshalb kämpfen wir für einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union. Die Umweltverträglichkeits-Richtlinie der EU (UVP-RL) muss in Deutschland konsequent umgesetzt werden. Wir fordern eine staatliche Umweltüberwachung statt unverbindlicher Selbstverpflichtungen der Industrie (wie z. B. EMAS).

Mehr Autoverkehr bedeutet mehr Belastung mit CO<sub>2</sub>, Stickoxiden und Feinstaub. Für gute Alternativen wie Bus und Bahn und den Ausbau von Schienen und Radwegen wird zu wenig Geld ausgegeben. Unser Ziel ist der kostenfreie Öffentliche Nahverkehr, europaweit. Die Bundesregierung muss sich an die strengen europäischen Abgasvorschriften halten und darf nicht einseitig erhöhte Abgasemissionen zulassen.

Auch in der EU soll Landwirtschaft gesund, umweltgerecht und regional orientiert produzieren können, statt in einen globalen Preiskrieg gezwungen zu werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union für eine Reform der Welthandelsorganisation

(WTO) eintritt, damit Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität nicht länger durch das Dogma des Freihandels verhindert werden.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Ja. Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe und Rückstände in Trinkwasser und Nahrungsmitteln bedrohen die menschliche Gesundheit. Wir setzen uns dafür ein, dass das Vorsorgeprinzip in allen Bereichen, die die menschliche Gesundheit betreffen, uneingeschränkt zur Anwendung gelangt.

## 8. Pflege

*Das Qualitätsniveau professioneller Pflegeleistungen ist in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Aus Sicht des SoVD ist es zwingend, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu einer ihrer Würde achtenden und qualitativ hochwertigen Pflege haben.*

### **8.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, in den Mitgliedstaaten der EU einheitliche Mindeststandards hinsichtlich der Absicherung des Pflegerisikos und der Qualität von Pflegeleistungen zu erreichen?**

**CDU/CSU:** Die Zuständigkeit und Verantwortung für die Organisation der Gesundheitswesen liegt allein bei den Mitgliedstaaten. Wir wollen die Vielfalt der historisch begründeten und politisch gewollten nationalen Gesundheitssysteme und die Kompetenz, sie eigenverantwortlich zu gestalten, auch in Zukunft erhalten.

Die europäischen Institutionen sind verpflichtet, bei allen Maßnahmen ein hohes Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen. Maßnahmen der europäischen Institutionen sollen durch offene Koordinierung den Austausch und die gemeinsame Festlegung von Zielmarken befördern. Besondere Bedeutung kommt der Europäischen Union in der Gestaltung der Gesundheitsversorgung immer dann zu, wenn grenzüberschreitende Fragen betroffen sind. Dies gilt auch für die Pflege.

**SPD: -**

**FDP:** Bislang hat die Europäische Union im Bereich der Sozialpolitik aufgrund des Subsidiaritätsprinzips keine Zuständigkeit. Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass diese Fragen auch weiterhin besser auf Ebene der Mitgliedsstaaten geregelt werden können. Bei der Verabschiedung von Mindeststandards auf EU-Ebene droht zudem die Gefahr, dass die hohen Standards in Deutschland abgesenkt werden könnten. Dies kann nicht Ziel einer verantwortungsvollen Pflegepolitik sein.

**DIE LINKE:** DIE LINKE versteht Pflege als eine Aufgabe der Gesellschaft und damit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, kann eine effektive, menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung organisieren und finanzieren – in der Bundesrepublik, aber auch in Europa.

Vor allem in der Pflege sind die Folgen marktförmiger Strukturen deutlich erkennbar. Die Auswirkungen der Privatisierung sind vor allem steigende Konkurrenz und Druck auf die Löhne und Beschäftigten (Arbeitsverdichtung). Aber auch das Leistungsangebot der einzelnen Dienste hat sich verringert. Die Leistungen richten sich nicht nach dem Bedarf, sondern nach den Pflegesätzen. Der Kostendruck ist immens: Die Hälfte der ambulanten

Pflegedienste gibt an, dass die Vergütung nicht ihre Kosten deckt (unzureichende Zeitvorgaben für angemessene Pflege, fehlende Berücksichtigung des erhöhten Betreuungsaufwand bei Demenzkranken, Personalkosten). Privatisierung löst die Probleme nicht, sondern verschärft sie und schafft neue.

Europaweit erzielen private Konzerne Profite mit Pflege und Gesundheit. Altenpflege ist ein rentierlicher Anlagemarkt für Heuschrecken. Doch Privatisierung verschlechtert die Versorgung. Dies wollen wir beenden und bereits privatisierte Kliniken und Pflegeeinrichtungen in nichtprofitorientierte und öffentliche Träger überführen. Generell setzt sich die LINKE für eine Stärkung des Öffentlichen ein, begleitet von Partizipation, Mitbestimmung und Transparenz – also verbesserten demokratischen Strukturen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Ja. Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine der großen gesamteuropäischen Aufgaben. Unser Ziel ist es, pflegebedürftigen und an Demenz erkrankten Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Würde zu ermöglichen. Dafür benötigen wir in Europa gemeinsame Anstrengungen zur Pflegepolitik, bei denen auch Themen wie neue Wohn- und Pflegeformen, Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention, Entlastung der familiären Pflege sowie der Fachkräftebedarf in den Mittelpunkt gerückt werden.

## ***8.2. Wie sieht Ihr Ansatz aus, den enormen Herausforderungen der nationalen Pflegesysteme durch die alternden Gesellschaften aus gesamteuropäischer Perspektive zu begegnen?***

**CDU/CSU:** Der demografische Wandel mit seinen vielfältigen Auswirkungen auf die medizinische Versorgung und Pflege fordert die Gesundheitssysteme in Europa heraus. Effiziente Gesundheitsfürsorge, Krankheitsvorbeugung und die Förderung eines unabhängigen Alterns sind unerlässlich, um die weitere Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu begrenzen und die Gesundheit und Pflege aller Bürgerinnen und Bürger Europas weiterhin zu gewährleisten.

Wir unterstützen das Projekt „Horizont 2020“. Horizont 2020 ist das Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation. Als Förderprogramm zielt es darauf ab, EU-weit eine wissens- und innovationsgestützte Gesellschaft und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen sowie gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

Gefördert werden unter anderem Projekte zur Vermeidung, Überwachung, Behandlung und Heilung von Krankheiten, Invalidität und verminderter Funktionalität sowie zur Organisation von Gesundheits- und Pflegesystemen. Projekte sollen möglichst das gesamte Spektrum des Forschungs- und Innovationszyklus abdecken und zur Translation von Forschungsergebnissen in die Versorgung beitragen. Im Unterschied zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm werden vor allem die Fördermöglichkeiten für Prävention und Gesundheitsförderung sowie zur Alterung der Bevölkerung erweitert. Dabei werden insbesondere auch IKT-basierte Ansätze verfolgt. Die frühere Programmsystematik entlang verschiedener Krankheitsbereiche wird weitgehend aufgegeben. Neben der klassischen EU-Projektförderung wird es auch Fördermöglichkeiten im Rahmen öffentlich-öffentlicher und öffentlich-privater Partnerschaften geben, die selber auch aus Horizont 2020 finanziell unterstützt werden.

**SPD: -**

**FDP:** Wir wollen die Zuständigkeit der Länder beibehalten, um in Deutschland eine hohe Pflegequalität zu sichern. Die alternde Gesellschaft stellt aber unser nationales System in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Wir wollen daher als ersten Schritt

die Finanzierung der Pflegeversicherung verändern. Konkret fordern wir ein Dreisäulenmodell der Finanzierung, das aus sozialer Pflegeversicherung, privater Pflegevorsorge und betrieblicher Pflegevorsorge besteht. Weiter treten wir dafür ein, die wettbewerbliche Elemente im System der Pflegeversicherung zu erhöhen und auch die Forschung im Bereich der Pflege stärken. Wir wollen Sorge dafür tragen, dass die Pflegeversicherung auch noch in einigen Jahrzehnten solide finanziert ist, dies wird mit einem reinen Umlagesystem wie der sozialen Pflegeversicherung nur schwer gelingen.

**DIE LINKE:** Studien belegen, dass der Einsatz von genügend Pflegefachkräften eine bessere Lebensqualität für die Gepflegten bedeutet: weniger Stürze, weniger Wundliegen, bessere Ansprechbarkeit und weniger Psychopharmaka. Der Schlüssel zu einer guten und menschenwürdigen Pflege sind bessere Arbeitsbedingungen, eine gute Ausbildung und mehr Pflegepersonal. Deshalb fordert DIE LINKE eine verbindliche gesetzliche Personalbemessung, Schutz vor Lohndumping und Entrechtung von Pflegekräften aus dem Ausland; solidarische Finanzierungssysteme; Ausbildungsprogramme für eine kostenfreie und vergütete Ausbildung in der Pflege.

Diese Reformen dürfen nicht zu Lasten der Menschen mit Pflegebedarf gehen. DIE LINKE fordert eine Umgestaltung der Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung: Alle pflegebedingten Leistungen müssen von der Pflegeversicherung übernommen werden, damit Pflege nicht arm macht. Eine zukunftsfeste und gerechte Finanzierung wird möglich durch eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen, auch Gutverdienende und Privatversicherte. Durch Studien ist belegt, dass dadurch nicht nur die Beiträge sinken, vor allem für untere und mittlere Einkommen (bis 6.000 Euro brutto im Monat). Es entsteht auch langfristig finanzieller Spielraum für bessere Pflege und höhere Löhne für die Beschäftigten.

Der wichtigste Schritt zur Beendigung des Pflegenotstands ist eine verbindliche gesetzliche Personalbemessung. Dafür setzen sich Pflegekräfte EU-weit ein. DIE LINKE hat hierzu seit 2010 zahlreiche Anträge in den Bundestag eingebracht und setzt sich mit Beschäftigten und Gewerkschaften für mehr Pflegepersonal und bessere Arbeitsbedingungen ein. Um im europäischen Mittelfeld anzukommen und eine bedarfsgerechte Pflege zu ermöglichen, brauchen wir in Deutschland 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern und 40 000 in den stationären Pflegeeinrichtungen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden. Europäischen Austausch und Transparenz zu Best-Practice-Modellen in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Pflege wollen wir fordern.

### ***8.3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um der Ausbeutung der Pflegearbeitskräfte am sogenannten grauen Pflegemarkt wirkungsvoll entgegenzutreten?***

**CDU/CSU:** Innerhalb Europas und auch weltweit besteht ein großer Bedarf an Fachkräften aus Medizin und Pflege. Deutschland und Europa kommt hier eine besondere Verantwortung zu, der wir uns bewusst sind und die wir angesichts unserer demografischen Entwicklung nur gemeinsam meistern können. Gute Pflege setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. CDU und CSU wollen die Attraktivität der Pflegeberufe steigern und die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften insgesamt verbessern. Dafür wurde auf Bundesebene von den Koalitionspartnern CDU, CSU und SPD die „Konzertierte Aktion Pflege – für mehr Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung“ auf den Weg gebracht.

**SPD:** Die SPD will, dass Kranke, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen müssen auf die Solidarität der Gesellschaft vertrauen können. Eine gute und verlässliche Pflege ist für immer mehr Betroffene und ihre Angehörigen von zentraler Bedeutung. Im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode haben wir festgeschrieben, dass eine „Konzertierte Aktion Pflege“ zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Situation in der Pflege auf den Weg gebracht wird. Wir wollen, dass in allen Mitgliedstaaten der EU ebenfalls geeigneten Maßnahmen zur Sicherung der jeweiligen Pflegesysteme unternommen werden; dabei wissen wir, dass dieser Bereich noch nicht in die EU-Kompetenz fällt. Mit ERASMUS+ und der Jugendgarantie fördert Europa die berufliche Mobilität junger Menschen, die in einem EU-Land als Pflegekraft arbeiten wollen. Pflegeeinrichtungen können finanzielle Unterstützung für ein Integrationsprogramm für ihre neu eingestellten Pflegekräfte aus dem Ausland beantragen. Zudem vermittelt Europa mit dem EURES-Netzwerk freie Stellen an arbeitslose Menschen aus anderen EU-Staaten.

**FDP:** Für den sogenannten "graue Pflegemarkt" gelten alle arbeitsrechtlichen Regelungen, die auch an jedem anderen Arbeitsplatz gelten. Eine spezifische Regulierung in diesem Bereich halten wir für nicht erforderlich. Vielmehr müssen die bestehenden Gesetze auch in diesem Bereich Anwendung finden.

**DIE LINKE:** In der häuslichen Pflege ist ein grauer Pflegemarkt entstanden. Vermittler nutzen die Not der Pflegebedürftigen und die wirtschaftliche Zwangslage osteuropäischer Hilfskräfte. Arbeitsbedingungen und Entlohnung müssen wirkungsvoll kontrolliert werden. Die Lücken des deutschen Pflegesystems dürfen nicht über Lohndumping und Entrechtung von Pflegenden aus dem (inner-europäischen) Ausland geflickt werden. Es ist ein Erfolg der Gewerkschaften und der linken Parteien, dass die Entsenderichtlinie ausgeweitet wurde. Sie bietet Schutz für Beschäftigte, deren Arbeitgeber sie zur Arbeit in ein anderes EU-Land schickt, z. B. auf dem Bau oder in der Pflege. Das öffnet Lohndumping und Missbrauch Tür und Tor und dies muss wirksam gestoppt werden. Für Die LINKE gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort ab dem ersten Tag für alle entsandten Beschäftigte. Keine Ausnahmen für Subunternehmen und einzelne Branchen. Für Beschäftigte müssen die gleichen gesetzlichen und tariflichen Regelungen gelten, sofern diese günstiger als die ihres Herkunftslandes sind. Wo keine Tarifverträge abgeschlossen sind, ist nur der gesetzliche Mindestlohn die Orientierung und drückt damit die Löhne. Lohndumping können wir nur unterbinden, wenn wir die Tarifverträge wieder ausweiten. Die Umsetzung der Entsenderichtlinie muss konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden – auch im häuslichen Bereich.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Schon heute wird die Pflegearbeit zu einem erheblichen Teil durch Arbeitsmigration innerhalb der Union und aus Drittstaaten bewältigt. Pflegekräfte und Arbeitskräfte, die die häusliche Pflege unterstützen, müssen vor Ausbeutung geschützt und fair entlohnt werden. Dafür müssen die Arbeits- und Bereitschaftszeiten der Betreuungskräfte klar geregelt werden und es braucht es mehr staatliche Kontrollen am Arbeitsplatz und in den Vermittlungsagenturen.

## 9. Alterssicherung

*Die Ausgestaltung der nationalen Alterssicherungssysteme ist originäre Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten. Damit soll den in den Mitgliedstaaten historisch gewachsenen und sehr unterschiedlichen Alterssicherungssystemen Rechnung getragen werden.*

**9.1. Teilen Sie unsere Auffassung, dass die Ausgestaltung der nationalen Alterssicherungssysteme, insbesondere die Festlegung des Rentenniveaus und des Renteneintrittsalters zu den Kernaufgaben der Mitgliedstaaten gehört?**

**CDU/CSU:** Wir setzen uns dafür ein, dass auch künftig alleine die Mitgliedstaaten für die Gestaltung der Renten- und Pensionssysteme zuständig sind. Hierbei ist eine unbürokratische Übertragbarkeit der Ansprüche, insbesondere für Grenzgänger, europaweit zu gewährleisten.

**SPD:** Ja, die Europäische Union hat im Bereich der Sozialpolitik unterstützende Kompetenzen und komplettiert die nationalstaatlichen Aufgaben dort wo notwendig. Bei der Festlegung des Rentenniveaus und des Renteneintrittsalters bedarf es keiner Koordinierung auf europäischer Ebene. Es muss sichergestellt werden, dass in allen Mitgliedsländern die Menschen von ihrer staatlich garantierten Rente angemessen leben können.

**FDP:** In der Tat ist die Ausgestaltung von Alterssicherungssystemen Sache der Mitgliedstaaten und sollte unserer Ansicht nach auch dort verbleiben. Eine Vereinheitlichung der sehr unterschiedlichen nationalen Altersvorsorgesysteme innerhalb der Europäischen Union wäre weder sinnvoll noch umsetzbar. Die EU sollte aber unterstützend dort eingreifen, wo es um die Verbesserung der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder um grenzüberschreitende Probleme geht. Wir wollen daher Möglichkeiten prüfen, erworbene Anwartschaften in staatlichen Vorsorgesystemen in die Systeme anderer Staaten zu übertragen, insbesondere um Verluste aufgrund von zu kurzen Beitragszeiten zu verhindern.

**DIE LINKE:** Unbedingt. Nach einer OECD-Studie ist Altersarmut langfristig die größte Sorge der Deutschen (76 Prozent). Und vier von fünf Deutschen (78 Prozent) wünschen sich, dass die Regierung mehr für ihre soziale Absicherung täte. Ein Kurswechsel in der Rentenpolitik ist überfällig. EU-weit muss die Rente den Lebensstandard im Alter sichern und vor Armut schützen. Und die Menschen nicht den Unsicherheiten der Finanzmärkte ausliefern. Die Teilprivatisierung der Rente muss gestoppt werden. Private oder kapitalgedeckte Rentenversicherungen schaffen keine Sicherheit, sie bereichern die Banken und Versicherungskonzerne.

DIE LINKE möchte die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Rentenversicherung ausbauen, in die alle Erwerbstätigen einzahlen. Das Rentenniveau soll wieder bei 53 Prozent festgeschrieben werden. Die Riester-Rente ist abzuschaffen und die Arbeitgeber paritätisch an den Kosten der Alterssicherung zu beteiligen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Ja.

**9.2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass nicht die Kosten der Renten- und Pensionssysteme sondern die Mindest-Leistungen künftig im Mittelpunkt der Koordinierungsbemühungen auf europäischer Ebene stehen werden, um gegenwärtige und kommende Altersarmut vorzubeugen?**

**CDU/CSU:** Wie in Deutschland sollten bei einer Koordinierung der Rentenpolitik auf europäischer Ebene stets beide Aspekte, die Nachhaltigkeit sowie die Leistungsseite, gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Rente muss fair und auskömmlich sein. Grundsätzlich ist die Rente ein Spiegelbild des Erwerbslebens. Die beste Versicherung gegen Altersarmut ist eine gute und durchgehende Erwerbstätigkeit. Wer sein Leben lang gearbei-

tet hat, dazu zählen ebenfalls Familien- oder Pflegezeiten, soll im Alter gut und selbstbestimmt leben können. Wer mehr eingezahlt hat, muss im Alter auch mehr haben. Für uns ist die Frage einer auskömmlichen und gerechten Rente von großer Bedeutung.

**SPD:** Präventive Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut haben sehr hohe Priorität. Mindest-Leistungen sind notwendig, um ein menschenwürdiges Leben für Seniorinnen und Senioren zu ermöglichen.

**FDP:** Die genaue Ausgestaltung der Rentensysteme sollte aus unserer Sicht in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten verbleiben. Dies betrifft sowohl die Finanzierung als auch die Festlegung von Mindestleistungen. Auf europäischer Ebene sollten lediglich die Übertragbarkeit und Auszahlung von Rentenansprüchen bei grenzüberschreitender Tätigkeit geregelt werden.

**DIE LINKE:** Ja. DIE LINKE möchte die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Rentenversicherung ausbauen, in die alle Erwerbstätigen einzahlen. Das Rentenniveau soll wieder bei 53 Prozent festgeschrieben werden. Die Riester-Rente ist abzuschaffen und die Arbeitgeber paritätisch an den Kosten der Alterssicherung zu beteiligen. In der EU ist über ein Fünftel der Bevölkerung von Altersarmut bedroht. Für ein Leben im Alter in Würde und sozialer Teilhabe müssen die EU-Staaten mit einer Mindestrente garantieren, dass alle Menschen sicher vor Armut geschützt sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen (60 Prozent des mittleren Einkommens). In Deutschland streiten wir für eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente von derzeit 1.050 Euro netto. Die Vorschläge zur Einführung einer sog. Grundrente greifen zu kurz. DIE LINKE will die Verbesserung der Rente nach Mindestentgeltpunkten für alle mit niedrigen Löhnen, nicht erst nach 35 Beitragsjahren.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Ja.

### ***9.3. Sprechen Sie sich mit uns dagegen aus, das Renteneintrittsalter automatisch an die steigende Lebenserwartung zu koppeln?***

**CDU/CSU:** Mit der Flexi-Rente haben wir den Renteneintritt sowie das längere Arbeiten in Deutschland nach Verrentung deutlich flexibilisiert. Diesen Weg wollen wir weitergehen. In Deutschland haben wir zu diesem Zweck eine Rentenkommission eingesetzt, die bis März 2020 Vorschläge zur Weiterentwicklung der Rente nach 2025 erarbeiten soll. Sollte sich vor dem Jahr 2025 aufgrund der Empfehlungen der Kommission Handlungsbedarf bei der Altersvorsorge ergeben, werden wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

**SPD:** Die SPD spricht sich dagegen aus, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Dazu sind andere Faktoren, wie Produktivitätssteigerung in der Wirtschaft, viel entscheidendere Maßstäbe, um ein ausgeglichenes Rentensystem zu gewährleisten.

**FDP:** Wir Freie Demokraten wollen ein politisch festgelegtes Renteneintrittsalter abschaffen. Stattdessen sprechen uns für einen flexiblen Renteneintritt aus. Das bedeutet im Klartext: Ab 60 entscheidet jeder selbst, wann er in Rente geht. Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, eine entsprechend höhere Rente. Voraussetzung für den früheren Renteneintritt ist nur, dass das Einkommen aus gesetzlicher Rente und sonstiger Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt – also das Existenzminimum abgesichert ist.

**DIE LINKE:** Ja. Das Beispiel Österreich zeigt, dass das Umlageverfahren ohne Kapitaldeckung im Schnitt 800 Euro mehr Rente im Monat möglich macht. Rentenkürzungen sind nicht zwangsläufig die Folge einer erhöhten Lebenserwartung. Der demografischen Wandel ist politisch gestaltbar. Z. B. durch eine Erwerbstätigenversicherung, in die nicht nur Arbeiter\*innen und Angestellte, sondern auch Beamtinnen und Beamte, Selbständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler und natürlich auch alle Politikerinnen und Politiker einzahlen. Dies macht die gesetzliche Rente zukunftsfest.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir sind entschieden dagegen, das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln. An der bestehenden Regelaltersgrenze halten wir fest, wollen den Menschen aber mehr Gestaltungsspielraum über den Zeitpunkt ihres Renteneintritts geben.

## 10. Migration

*Die Herausforderungen durch Flucht und Migration stellen die europäische Partnerschaft und Solidarität auf eine harte Probe. Der SoVD setzt sich dafür ein, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, in Deutschland und der EU uneingeschränkt Zuflucht finden. Menschen, die nach (inter)nationalem und europäischen Recht keinen Rechtsanspruch besitzen, in der EU zu leben, können auch zurückgeschickt werden. Allerdings haben die EU und ihre Mitgliedsländer im Hinblick auf die Migrationsbewegungen eine besondere Verantwortung. Durch ihre Sicherheits-, Wirtschafts- und Umweltpolitik haben sie zur Entstehung von Krisen beigetragen, die zur Fluchtursache vieler Menschen wurden.*

### **10.1. Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie, um humanitäre Katastrophen zu vermeiden und Fluchtursachen zu bekämpfen?**

**CDU/CSU:** Europa steht weltweit einzigartig für eine wertegeleitete Außenpolitik und für multilaterale Lösungen. Unser Europa investiert in eine nachhaltige Entwicklungspolitik und schafft Chancen auf dem afrikanischen Kontinent. Priorität muss die Hilfe bei humanitären Katastrophen in den Krisenherden der Welt haben. Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe ist zentral für nachhaltige Stabilität und Frieden in anderen Teilen der Welt. Eine der Hauptaufgaben der vernetzten Außenpolitik in Zeiten zunehmender globaler Migration ist die Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort Perspektiven für ihr Leben erhalten. Wir leisten bereits heute die Hälfte der weltweiten staatlichen Entwicklungsleistungen. Mit dem Marshallplan mit Afrika setzen wir einen ganz besonderen Schwerpunkt. Wir investieren nachhaltig und schaffen Chancen für Aufschwung und Arbeitsplätze durch private Investitionen und faire Handelsabkommen. Unser Europa setzt sich mit Engagement im Friedensprozess in Syrien, Irak und Afghanistan ein und unterstützt Nachbarstaaten Syriens, die Millionen von Flüchtlingen aufgenommen haben.

**SPD:** Herkunftsländer zu stärken ist unerlässlich, um die Zahl der Menschen gering zu halten, die ihre Heimat verlassen müssen. Wie in unserem Wahlprogramm beschlossen, wollen wir mit fairer Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen bekämpfen. Da auch der Klimawandel für viele Menschen zur Fluchtursache wird, ist eine ambitionierte Umweltpolitik ebenfalls notwendig. Es gilt einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung einzuführen, damit sich Schutz- und Arbeitssuchende auf dem Weg nach Europa nicht kriminellen Schlepperbanden anvertrauen müssen. Einfache Regeln und Informationen zu Möglichkeiten der Arbeitsmigration



können auch helfen, dass weniger Menschen fälschlich das Asylsystem nutzen. Außerdem müssen alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag für eine leistungsfähige Seenotrettung und für die Aufnahme von Menschen leisten um humanitäre Katastrophen auf dem Mittelmeer zu vermeiden. Dazu gehört auch private Hilfsorganisationen, unter anderem Seenotretter, nicht zu kriminalisieren.

**FDP:** Die Europäische Union muss im Rahmen ihrer Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit darauf hinwirken, dass nachhaltige Entwicklung stattfinden kann und Fluchtursachen erst gar nicht entstehen.

Wir Freie Demokraten setzen auf ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung als zentrale Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir unterstützen deshalb den aktiven Ausbau des zivilen Krisenmanagements in der Europäischen Union (EU). Wir wollen den vernetzten Ansatz vorantreiben, der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zusammen denkt und die außenpolitischen Instrumente der EU kohärent und effektiv zur Krisenprävention und Friedensförderung einsetzt. Dazu zählt unter anderem, dass die EU verstärkt in die Weiterentwicklung der zivilen Friedensexpertise investiert und dass auch im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 Instrumente zur Finanzierung von zivilen Maßnahmen zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung zur Verfügung stehen.

Wir befürworten zudem die Einrichtung humanitärer Schutzzonen unter der Aufsicht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und/oder der Europäischen Union (EU). In solchen Schutzzonen sollen Flüchtlinge sicher sein vor bewaffneten Konflikten, Gewaltanwendung und anderen Menschenrechtsverletzungen. Außerdem könnten dort, nach Vorbild der EU-Hotspots, noch vor einer Einreise nach Europa Asylverfahren durchgeführt werden.

**DIE LINKE:** Wir wollen das Asylrecht wiederherstellen und durchsetzen. Dazu wollen wir in der EU einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden. Auch das Dublin-System muss ein Ende haben. Alle Schutzsuchenden sollen sich selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen. Der Negativ-Wettbewerb durch abgesenkte Standards bei Unterbringung, Versorgung und Rechten muss abgeschafft werden.

Wir fordern ein verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für „subsidiär“ Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens. Das Nachzugsrecht für Flüchtlinge muss effektiv umgesetzt werden. Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf in den Herkunftsländern nicht anerkannten gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und auf Verwandte zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige.

Jeder Mensch in der EU soll ein Recht auf universelle Gesundheitsversorgung und Zugang zu gut ausgestatteten, barrierefreien und gemeindenahen Gesundheitsleistungen haben; besondere Bedarfe von Senior\*innen, Menschen mit Behinderungen oder traumatisierten Geflüchteten sind zu berücksichtigen. Wir möchten Geflüchtete in die nationalen Gesundheitssysteme integrieren und keine gesundheitliche Versorgung erster und zweiter Klasse zementieren. Hierzu haben wir auf nationaler Ebene Anträge in den Bundestag eingebracht (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/074/1807413.pdf>).

**Bündnis 90/Die Grünen:** Für uns GRÜNE ist die beste Flüchtlingspolitik eine Politik der globalen Gerechtigkeit, die vorausschauend dazu beiträgt, dass weniger Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder Rüstungsexportpolitik Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit nicht länger zuwiderläuft. Wir stehen für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist. Wir

wollen die Entwicklung der Wirtschaft in den Partnerländern fördern, anstatt sie auszunutzen, und wollen wirkungsvoll gegen den Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die globale Energiewende sowie die ärmsten Staaten beim Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Wir treten für eine ökologische Agrarwende und ökologisch gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem gehören europäische Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie Rüstungs- und Waffeneexporte in Kriegs- und Krisengebiete und die Ausfuhr europäischer Überwachungstechnologie an Diktaturen.

## **10.2. Welche konkreten Schritte sind nach Ihrer Meinung erforderlich, um Migration besser ordnen und steuern zu können?**

**CDU/CSU:** Zu den herausragenden Interessen unseres Kontinents gehört, dass wir darüber entscheiden, wer zu uns kommen kann und wer nicht. Unser Europa bekennt sich zu seinen rechtlichen und humanitären Verpflichtungen. Zugleich wollen wir, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Nur dann können wir wirklich Schutzbedürftigen helfen. Dort wo wir europäische Lösungen gefunden haben, zeigt sich, dass die Maßnahmen wirken. Außerdem wollen wir Fehlanreize beseitigen, Asylbewerberleistungen europaweit angleichen und auf ein Minimum beschränken.

Wir setzen auf europäische Transitzentren. Dort muss geprüft und entschieden werden, ob jemand schutzbedürftig ist und einreisen darf. Nicht einreiseberechtigte Personen sowie Personen ohne Asylgrund und ohne Flüchtlingsstatus müssen von dort zurückgeführt werden. Aufgabe von FRONTEX ist dabei, die ungehinderte Weiterreise illegaler Migranten zu verhindern, sie in den Transitzentren unterzubringen und von dort aus zurückzuführen. Ergänzend wollen wir regionale Aufnahmezentren in Nordafrika einrichten. Unser Ziel ist ein einheitliches und schnelles Asylverfahren mit der Möglichkeit, innerhalb der EU einmalig einen Asylantrag zu stellen. Klar ist: Es darf nicht möglich sein, in mehreren Ländern einen Asylantrag zu stellen. Dabei ist die grundsätzliche Zuständigkeit des Ersteinreiselandes beizubehalten und eine solidarische Lastenverteilung sicherzustellen.

Um eine Weiterreise innerhalb Europas zu verhindern, muss das europäische Asylrecht gemeinsame Standards für die Anerkennung von Asyl und eine EU-weite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen vorsehen. Das betrifft unter anderem Verfahren, Unterbringung und Versorgung. Wir erwarten von allen europäischen Mitgliedstaaten, dass sie sich solidarisch zeigen.

Gerade für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten wollen wir die Verfahren bei uns wie in ganz Europa beschleunigen. Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien müssen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Darüber hinaus schließen wir präventiv mit Staaten Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens Flüchtlingsabkommen nach dem Vorbild des EU-Abkommens mit der Türkei.

Wir führen ein Migrationsmonitoring inklusive der Reisebewegungen ein. Damit werden Migrationsbewegungen und entstehende Brennpunkte in einem Frühwarnsystem sichtbar gemacht.

Der Kampf gegen illegale Migration ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Die Bekämpfung der illegalen Migration beginnt mit dem effektiven Vorgehen gegen Schlepperbanden und mit einem wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen. Bereits dort müssen künftig in europäischen Transitzentren Migranten registriert und ihre Identität festgestellt werden. Niemand darf ohne Berechtigung und keinesfalls ohne Papiere oder eindeutige Identitätsfeststellung einreisen.

**SPD:** Solidarische und effektive Migrationspolitik, mit der sich Migration besser ordnen und steuern lässt, hat viele Facetten. Neben der bereits genannten Stärkung der Herkunftsländer, sind sowohl im Bereich Asyl, als auch bei der Arbeitsmigration einheitliche und einfache legale Zuwanderungsmöglichkeiten notwendig, um so die Grundlage für geordnete Zuwanderung zu schaffen. Dazu gehören unter anderem eine Reform des Dublin-Systems, die das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt, die Einführung eines verbindlichen EU-Resettlement-Rahmens und vereinfachte Regelungen für die Arbeitsmigration, verbunden mit Informationen, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesucht werden. Zudem ist die Unterstützung von Städten und Kommunen für Integrationsmaßnahmen vor Ort von grundlegender Bedeutung.

**FDP:** Wir Freie Demokraten wollen ein System mit humanen, fairen Regeln, das gleichzeitig steuert und ordnet. Im Rahmen eines einheitlichen europäischen Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrechts muss daher klar zwischen Flucht, Asyl und arbeitsmarktbezogener Einwanderung nach einem Punktesystem unterschieden werden. Wir Freie Demokraten wollen ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem „aus einem Guss“, um Blockaden bei der Lösung der Migrations- und Integrationsfrage zu überwinden. Kernelemente sind bessere gemeinsame Standards und Prozesse für die Registrierung, Antragsbearbeitung und -bescheidung, ein neuer Krisenmechanismus sowie die Verteilung von Flüchtlingen nach einem verbindlichen europaweiten Verteilungsschlüssel, außer in Fällen, in denen erkennbar keine Bleibeperspektive besteht. Dazu braucht es zudem eine europäische Sicherung der EU-Außengrenzen. Wir wollen daher die Grenzschutzagentur Frontex zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde ausbauen.

**DIE LINKE:** Die Kommunen dürfen mit den Kosten von Flucht und Integration nicht allein gelassen werden. Wir wollen einen „Europäischen Fonds für Willkommenskommunen“, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und zugleich aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten direkt hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für die Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen. Wenn sich Geflüchtete in einer Kommune niederlassen, kann die Gemeinde andererseits auf der Grundlage der Neumeldungen noch Investitionsmittel aus einem Fond beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Es braucht Investitionen in Integration statt in Aufrüstung, Ausgrenzung und Abschottung. Wir fordern eine soziale Offensive und gleiche Rechte für alle.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir GRÜNE treten dafür ein, dass Europa seiner humanitären Verantwortung gerecht wird. Um das unerträgliche Sterben im Mittelmeer zu beenden, fordern wir den Aufbau einer europäischen zivilen Seenotrettung. Damit Schutzsuchende nicht mehr gezwungen sind, den gefährlichen Weg über das Mittelmeer zu nehmen, müssen großzügige Aufnahmekontingente für Flüchtlinge über das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen geschaffen werden. Für Menschen, die zum Arbeiten nach Europa kommen wollen, brauchen wir ein europäisches Einwanderungsrecht, das Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus die legale Einwanderung nach Europa ermöglichen. Wir GRÜNE stehen für eine Flüchtlingspolitik, die auf Humanität, Solidarität und geordneten Verfahren beruht. Wir setzen uns für Grenzkontrollen und eine Erstunterbringung von Schutzsuchenden ein, die human organisiert sind und dazu führen, dass diejenigen, die Schutz brauchen, ihn auch bekommen. Asylsuchende müssen an den Außengrenzen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten abgeglichen werden. Wir wollen, dass sich alle Mitgliedstaaten an der Aufnahme von Schutzsuchenden beteiligen und dass überall die gleichen, hohen Asylstandards gelten. Wir wissen, dass nicht alle, die zu uns kommen, bleiben können. Für uns ist aber klar, dass freiwillige Rückkehr immer Vorrang

hat vor Zwangsabschiebungen und dass Menschen, die bereits in Beschäftigung stehen im Rahmen eines sogenannten Spurwechsels hier bleiben können.